



© Rainer Sturm / PIXELIO



Umweltpolitik als Thema politischer Bildung

AKSB-Jahrestagung vom 22. bis 23. November 2010 in Münster

Konzeptionen nutzen für Solidarität

AKSB-Fachtagung zum Thema Solidarität

Inhalt

AKSB-PRAXIS

Konzeptionen nutzen für Solidarität	3
Konventionsdebatte wird fortgesetzt Umweltpolitik als Thema politischer Bildung	4
Befragung 2010 zur Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA)	5
Web 2.0 und Politische Bildung Aktionstage Politische Bildung	6
Inhaltlicher Austausch stärkt Vernetzung in der AKSB	7
„Quo vadis, Israel?“	8
Interkulturelle Trainings: Stolpersteine oder Wegweiser?	10
AKSB kurz notiert	11
Fachgruppe I „Das Politische“	12
Nach uns die Sintflut? Das Ende der Welt, wie wir sie kannten.	14
Fachgruppe II „Das Soziale“	
„Das Leben ist kein Ponyhof“ Un-Frieden?	
Fachgruppe III „Das Gesellschaftliche“	16
Perspektiven für eine gewaltfreie Schule? Gewalt analysieren bedeutet, Konflikte zu analysieren	
DIDAKTISCHE DOKUMENTATION „DIDADO“	18
Die Beste Aller Welten	
EUROPÄISCHE BILDUNGSPOLITIK	18
Kreative Methoden in der politischen Bildung Europa kurz notiert	
AUS DEN MITGLIEDSEINRICHTUNGEN	21
Den Mensch in den Mittelpunkt stellen „Franziskus macht Schule“	
MITTEILUNGEN AUS DER ZENTRALSTELLE/ PERSONALIA	22
TERMINE / NEUERSCHEINUNGEN	24

Großes Bild: Die zukünftige Nutzung der Sonnenenergie ist Thema der Umweltpolitik. Kl. Bild li.: Arbeitsergebnis aus dem Projekt der Stiftung Zass; Kl. Bild mi. und re.: Bilder aus der AKSB-Fachkonferenz zum Themenbereich Solidarität, in der Mitte: Dr. Doris Katheder und Bernhard Eder, Leitungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in der Fachgruppe III „Das Gesellschaftliche“.

Solidarität – nicht nur ein Thema



Die Frage nach Solidarität und Gerechtigkeit gehört zu den zentralen Aufgaben der christlichen Sozialethik. Weil sich Sachverhalte und Problemlagen ständig ändern, hört hier der Diskurs auch für die politische Bildung nie auf. Man denke nur an Hartz IV, die Finanzprobleme von Griechenland oder die Gesundheitspolitik. Die Klärung der solidaritätsbezogenen Grundlagen gesellschaftlicher Gestaltung ist aber nicht nur eine Frage des Kopfes: Solidarität muss jeden Tag praktiziert werden. Bildungsarbeit kann dazu beitragen, dass Haltungen und Einstellungen im Alltag selbstverständlich werden, die den jeweils anderen im Blick haben.

Die kürzlich von der AKSB durchgeführte Fachtagung zu den „neuen Impulsen, um Solidarität zu lernen“, verdeutlicht anschaulich, wo dies möglich ist: in Sozialprojekten von Schulen (Compassion), in der gewaltfreien Kommunikation, in der Beobachtung sozialer Gerechtigkeit oder der Sozialanalyse. Nicht alles, was diese Methoden vermitteln, ist politische Bildung; aber der Kontext ist geeignet, solidarische Einstellungen zu fördern. Das kann unsere Gesellschaft sicher brauchen. Es ist auch im Sinne der Weiterentwicklung der AKSB-Konvention.

Lothar Harles

Konzeptionen nutzen für Solidarität

AKSB-Fachtagung zu innovativen Konzepten zur Förderung von Solidarität

Münster (inform). Innovative Konzepte, die solidarische Handlungsbereitschaft in der Gesellschaft fördern, standen im Mittelpunkt der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) in Münster. Über 30 Vertreter der bundesweiten politischen Bildungsarbeit diskutierten diese Konzepte vom 23. bis zum 24. Februar in der katholisch-sozialen Akademie Franz Hitze Haus, einer Mitgliedereinrichtung der AKSB. „Solidarische Handlungsbereitschaft in der Gesellschaft zu fördern, bleibt wichtiges Ziel politischer Bildungsarbeit“, hob AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles zu Beginn der Tagung hervor. Mit welchen Ansätzen ein solches Handeln gefördert werden kann, demonstrierten in einzelnen Workshops Monika Ott, Bildungsreferentin im Seminarhaus Deinsdorf, Sherif Korodowou vom Institut für konstruktive Konfliktbearbeitung in Marburg, Dr. Heike Weinbach, Philosophin und Mediatorin aus Berlin, Dr. Stefan Gönzheimer von der Schulstiftung Freiburg und der Münchner Kommunikationstrainer Martin Irlinger.

Innovative Konzeptionen, um Solidarität zu lernen

Das Compassion-Projekt will das Wertebewusstsein stärken ohne traditionelle Wertevermittlung, sondern durch Aufarbeitung von Begegnungen mit sozial Schwachen im Rahmen von Praktika in sozialen Einrichtungen. In der Reflexion werden die dabei gemachten Erlebnisse zu Erfahrungen und letztendlich zu verantwortungsbewussten Haltungen verdichtet. Wichtig ist für die politische Bildung, die gesellschaftliche Dimension dabei als wichtige Reflexionsebene im Blick zu haben.

Thérapie Sociale ist eine Methodik der Konfliktbearbeitung auf kommunaler Ebene unter Einbeziehung aller wichtigen Akteure, der Einwohner/-innen und der relevanten staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen. Sie zielt auf ein gemeinschaftsorientiertes Zusammen-



leben von Menschen unterschiedlicher Lebensorientierungen im sozialen Nahraum. Im Zentrum steht die Gestaltung eines strukturierten Rahmens, der eine verbindliche Begegnung der kulturell und ethnisch heterogenen Bevölkerungsgruppen mit Vertretungen der öffentlichen Einrichtungen ermöglicht. Ausgangspunkt des Dialogs sind virulente Ressentiments und Vorurteile. Diese werden in einem konstruktiven Konfliktlösungsprozess bearbeitet, in dem auch emotionale und irrationale Faktoren aufgegriffen werden, das sie ein wesentlicher Nährboden für Ressentiments bilden. Ziel ist, akzeptable Lösungen für alle Beteiligten im Sinne einer win-win-Situation zu finden.

Gewaltfreie Kommunikation

Social Justice Education ist eine Bildungskonzeption, durch die Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmechanismen bearbeitet werden. Ziel ist dabei, Benachteiligungen zu überwinden und mehr Anerkennung als Gleichberechtigte zu erreichen. Leitbild ist die Vision einer Gesellschaft, in der alle Mitglieder an den gesellschaftlichen Ressourcen privilegien- und diskriminierungsfrei partizipieren können. In der Bildungspraxis soll durch ein strikt dialogisches Kommunikationssetting exemplarische Erfahrungen des Miteinanders auf gleicher Augenhöhe gemacht werden. Die Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg ist eine Methodik

Bernhard Eder erläuterte die Fragestellungen für die Kleingruppenarbeit

zur Einübung eines achtsamen empathischen Kommunikationsstils und einer partnerschaftlichen und fairen Konfliktlösungsstrategie.

Solidarität erfahrbar machen

Theodor Stamm, Referent in der Stabsstelle Verbandspolitik und Kommunikation des Diözesancaritasverbandes Münster, betonte in der Schlussdebatte, wie wichtig Erfahrungen von Solidarität für die Sozialisation junger Menschen sind. Für Lothar Harles „ist es für die Bildungspraxis wichtig, solidaritätsfördernde Lernprozesse im Erfahrungshorizont der Kursteilnehmer zu verankern und die Zusammenhänge zu den großen gesellschaftlichen Fragen aufzuzeigen.“ Die Leitenden der Fachgruppe III, Dr. Doris Katheder und Bernhard Eder, bewerteten die präsentierten Konzeptionen als „Chancen für die politische Bildung“. Es lohne sich, die Konzepte in der politischen Bildung anzuwenden und ihren Gebrauchswert zu erkennen. Dieser ist auf mehreren Ebenen vorhanden: auf der inhaltlichen Ebene geben sie wichtige Impulse für die Kommunikation im öffentlichen Leben und für die Bearbeitung der Gewaltthematik. Auf der methodischen Ebene regen sie die partizipative Gestaltung von Lernsettings an.

Bernhard Eder

Konventionsdebatte wird fortgesetzt

Aktualisierende Ergänzungen 2009 sollen Bildungsarbeit der AKSB prägen

Bonn (inform). Die Mitgliederversammlung der AKSB hat im November 2009 die aktualisierenden Ergänzungen 2009 zur „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“ zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Ergänzungen sollen nach diesem Beschluss in Zukunft zusammen mit dem Konventionstext veröffentlicht und in der laufenden Arbeit der Mitglieder berücksichtigt werden. Die Mitgliederversammlung beauftragte bei der Versammlung den Vorstand damit, die Aktualisierungen in der Arbeitsplanung der nächsten drei Jahre aufzugreifen und über die Ergebnisse der Bearbeitung zu berichten.

Die Geschäftsstelle hat daher Punkte aus den aktualisierenden Ergänzungen identifiziert und zusammengestellt, bei denen in den Fachgruppen und bei der Mitgliederversammlung weiterer Diskussionsbedarf deutlich wurde. Auch

wurden Bereiche benannt, die besonders relevant sind oder in aktuellen Debatten eine wichtige Rolle spielen. Globalisierung, Umweltpolitik und Sozialethik sind einige Beispiele. Die Jahrestagung 2010 zum Thema „Umweltpolitik und Klimawandel als Thema politischer Bildung“ (Arbeitstitel) wird Fragen der Globalisierung aufgreifen. Die im Februar durchgeführte Fachtagung „Neue Impulse, um Solidarität zu lernen“ knüpfte ebenfalls an die Konvention und die aktualisierenden Ergänzungen an, die unter anderem einen Schwerpunkt auf die sozioethische Grundlegung der Arbeit der AKSB legen.

Der so entstandene „Fahrplan“ zur Fortführung der Konventionsdebatte wird nun mit den Infrastrukturstellen und Fachgruppen und in Abstimmung mit dem AKSB-Vorstand weiter entwickelt und die Mitgliederversammlung über die Ergebnisse der Diskussionen informiert.



Die Geschäftsstelle bereitet derzeit eine gemeinsame Veröffentlichung von Konvention und aktualisierenden Ergänzungen vor. Die aktualisierende Ergänzung sowie die Konvention können unter www.aksb.de > **konvention** heruntergeladen werden. Weitere Informationen bei Ulrike Leikhoff, bildung@aksb.de.

Umweltpolitik als Thema politischer Bildung

AKSB-Jahrestagung vom 22. bis 23. November 2010 im Franz Hitze Haus

Bonn/Münster (inform). Die Jahrestagung der AKSB findet vom 22. bis 23. November 2010 im Franz-Hitze-Haus in Münster statt und wird sich mit dem Thema „Umweltpolitik und Klimawandel als Thema politischer Bildung“ (Arbeitstitel) beschäftigen. Die Vorbereitungen erfolgen in Absprache mit der Akademie. Die AKSB hat in ihren aktualisierenden Ergänzungen zur Konvention festgestellt: „Eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Fragen in unserer Bildungsarbeit ist (...) wichtig. Es gilt, ökologische Verantwortung nicht nur als Bezugsfeld oder Umfeld für andere Dimensionen, sondern aus sich selbst heraus als notwendig anzusehen. Mit anderen Worten: die Bewahrung der Schöpfung ist ein Wert an sich, der in der Diskussion um nachhaltige Entwicklung eine ihm entsprechende Rolle spielen muss.“ Das Thema Klimawandel/Ökologie ist bisher im

Bereich der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung noch relativ wenig präsent. Aus christlicher Perspektive ist es hinsichtlich der Schöpfungsverantwortung und Fragen globaler Gerechtigkeit grundlegend. Einige Einrichtungen greifen es daher unter sozioethischen Fragestellungen auf. Die mit dem Klimawandel untrennbar zusammenhängenden Fragen der Globalisierung werden ebenfalls in Veranstaltungen behandelt.

Auch in anderen Bereichen hat der Themenkomplex Konjunktur. Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 bis 2014 zur Weltdekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung erklärt. Unter „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wird dabei die Vermittlung nachhaltigen Denkens und Handelns verstanden, die Menschen in die Lage versetzt, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei abzu-

schätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt.

Die Jahrestagung will sich aus Sicht der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung mit dem Themenfeld beschäftigen. Der Schwerpunkt soll daher nicht auf der Vermittlung grundlegender Fakten zum Klimawandel liegen, sondern auf der Frage von Umweltpolitik und Klimawandel als Thema katholisch-sozial orientierter politischer Bildung. Nach einem Einstieg zum derzeitigen wissenschaftlichen Diskurs sollen daher sozioethische Grundlagen diskutiert und dann die Rolle der politischen Bildung im Hinblick auf das Thema untersucht werden. Weitere Informationen gibt es in der Geschäftsstelle bei der Bildungsreferentin Ulrike Leikhoff, bildung@aksb.de.

Befragung 2010 zur Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA)

AKSB-Vorstand startet Fragebogenaktion bei den Mitgliedseinrichtung

(inform). Der AKSB-Vorstand hat beschlossen, die aktuelle Struktur der Bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB (BZA) nach fünf Jahren Laufzeit zu überprüfen. Ziel ist es, den Bedarf im Bereich der Zusammenarbeit zu reflektieren und die derzeitige BZA dahingehend zu überprüfen, ob sie ihm entspricht.

Die zentralen Grundaufgaben der AKSB sind die Pflege und Weiterentwicklung der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung, die Einwerbung und Weiterleitung von Fördermitteln an die Mitgliedseinrichtungen sowie die Vernetzung unter den Bildungsträgern und deren Mitarbeitenden. Da das Engagement bei den einzelnen Mitgliedern für die AKSB unterschiedlich ist und die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sehr variiert, bedarf es Regelungen, die diesen Voraussetzungen flexibel Rechnung tragen. Durch die BZA wird ein

solcher Weg ermöglicht und die Mitwirkung in verschiedenen Stufen im Hinblick auf Intensität und Verpflichtung zur Teilnahme gewährleistet.

Der Vorstand möchte in die Überprüfung der BZA möglichst viele Beteiligte einbeziehen und hat die Geschäftsstelle mit dem Entwurf eines Fragebogens beauftragt. Dieser beschreibt die wesentlichen Aufgaben der einzelnen Bestandteile der Zusammenarbeit und formuliert Orientierungsfragen dazu.

Im Mai wird der Vorstand über die Ergebnisse beraten, im Juni werden die Infrastrukturstelleninhaber/-innen in einem Workshop über Konsequenzen für die BZA diskutieren. Im September sollen dann in einer gemeinsamen Beratung von Vorstand und Infrastrukturstellen sowie in den Fachgruppen Schlussfolgerungen für die Struktur gezogen und ein Vorschlag zur Verbes-

serung der bisherigen Struktur erarbeitet werden. Dieser wird im November der Mitgliederversammlung präsentiert und dort beraten.

Der Fragebogen richtet sich an die Leitungen der Mitgliedseinrichtungen, die Mitglieder der Fachgruppen, die Inhaber/-innen der Infrastrukturstellen, Teilnehmende an Fachtagungen und Fachkonferenzen, den AKSB-Vorstand und die Geschäftsstelle.

Je mehr an der Befragung teilnehmen, desto genauer kann die Struktur der BZA an die Bedürfnisse und Wünsche der Einrichtungen angepasst werden. Der Fragebogen kann elektronisch ausgefüllt werden und sollte bis 31. März 2010 an die Geschäftsstelle gesandt werden. Rückfragen können in der Geschäftsstelle an die Bildungsreferentin Ulrike Leikhof, bildung@aksb.de, gerichtet werden.

Vernetzung – Austausch - Information

Kooperationskonferenz Erwachsenenbildung 2010

Bonn (inform). Wesentlich für die Bundesweite Zusammenarbeit innerhalb der AKSB (BZA) sind regelmäßige Treffen zwischen den Mitgliedern und der AKSB. Dazu gehört die jährlich stattfindende Kooperationskonferenz am Erwachsenenbildung 4. Mai 2010, zu der die Verantwortlichen in der politischen Erwachsenenbildung Anfang März in das Heinrich-Pesch-Haus, Ludwigshafen eingeladen worden sind.

Neben der Information der Mitglieder über die Gesamtentwicklung der AKSB-Bildungsarbeit mit den Dimensionen Politik bzw. Sozialethik geht es um den Austausch der Mitglieder untereinander über die eigenen Konzepte, Arbeitsvorhaben und andere relevante Entwicklungen sowie die Abklärung und Vernetzung von Vorhaben. Schließlich informiert die Geschäftsstelle der AKSB über allgemeine Förderbedingungen,

insbesondere aus dem Bereich der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Stichworte sind dabei die finanzielle Unterstützung von neuen Veranstaltungsformaten wie den Seminarreihen, Möglichkeiten von Maßnahmen im Ausland oder die Frage nach den Voraussetzungen von gelungenen Kooperationen.

Die Tagung richtet sich an die Leitungen der Mitgliedseinrichtungen, um verbindliche Absprachen für die Zusammenarbeit in der AKSB treffen zu können. Die Beteiligten sind eingeladen, der AKSB-Geschäftsstelle auch eigene Themenvorschläge zu unterbreiten. Die Einladung wird Anfang März verschickt.

Fragen und Anregungen können an die Finanzreferentin der AKSB, Ute Stolz stolz@aksb.de; Tel. 0228/289 29 50 gerichtet werden.

bap: Wechsel

Harles folgt Länge

Bonn/Berlin (inform). Wechsel im bap-Vorsitz: der langjährige Vorsitzende des Bundesausschuss politische Bildung (bap) Theo W. Länge ist zum 31.12.2009 von seinem Amt zurückgetreten, um sich bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden als Geschäftsführer des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben Ende 2010 auf seine dortigen Aufgaben konzentrieren zu können.

Seine Funktion beim bap übernimmt bis zu den nächsten Wahlen sein Stellvertreter, der AKSB Geschäftsführer Lothar Harles. Weitere Informationen zum bap finden Sie unter www.bap-politische-bildung.de. Dort können Sie auch den **bap-Newsletter** abonnieren.

Web 2.0 und Politische Bildung

Bundeszentrale für politische Bildung und „Runder Tisch“ initiieren Fachtagung

Hattingen (inform). Die Kommunikationsformen des Web 2.0 sind vielfältig. Formen, die auch für die politische Bildung Gewinn bringend sein könnten. Um diese kennen zu lernen und zu diskutieren, hat die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zusammen mit dem „Runden Tisch“, einem Zusammenschluss von bei der bpb anerkannten Bildungseinrichtungen, zur Fachtagung „Web 2.0: Potentiale, Akteure, Methoden“ Anfang Februar 2010 in das DGB Bildungswerk Hattingen eingeladen.

Anlass für die Konferenz sind die dramatischen Veränderungen der Internetnutzung in den letzten Jahren. Nach der JIM Studie – Jugend, Information, Multimedia – des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest von 2009 nutzen 98 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren das Internet; 90 Prozent der 13 bis 19-Jährigen und 78 Prozent der 12 bis 13-Jährigen surfen täglich oder mehrmals pro Woche. In seiner Begrüßung forderte daher der Präsident der bpb die anwesenden Träger der poli-

tischen Bildung auf, diese Entwicklung in der politischen Bildungsarbeit aufzugreifen: „Wir, die Anbieter der politischen Bildung, müssen einerseits die Möglichkeiten des modernen Internets auf die Formate der politischen Bildung übertragen, andererseits Kompetenzen vermitteln, um die gebotenen Inhalte einordnen und sich eine eigene Meinung dazu bilden zu können.“ Das Web 2.0 biete aber auch große Chancen für die Stärkung von Demokratie und Partizipation.

In Vorträgen und zehn verschiedenen Workshops zu Twitter, Podcasts, Blogs, Communities, Youtube oder Wikis haben Vertreter der politischen Bildung gemeinsam mit wichtigen Web 2.0 Protagonisten diskutiert und ausprobiert, in wie weit die neuen Kommunikationsformen des Internets eine Möglichkeit sind, Partizipation und gesellschaftliches Engagement zu befördern. Als Fazit kann festgehalten werden: Der Austausch mit den IT-Fachleuten war fruchtbar und ließ die Potentiale aber auch Grenzen der Web 2.0 Kommuni-

kationsformen erkennen. Für viele politische Bildner stellten sich am Ende der Tagung unterschiedliche Fragen: Wie hoch ist der zeitliche und personelle Aufwand? Sind die neuen Kommunikationsformen überhaupt kompatibel mit den hierarchischen Strukturen in einzelnen Bildungseinrichtungen? Welche Kommunikationsform ist für die politische Bildungsarbeit besonders geeignet? Wie kann die Qualität der Kommunikation gesichert werden? Die Diskussion über Web 2.0 hat daher mit der Fachtagung noch kein Ende gefunden. Dies betonte Lothar Harles, AKSB-Geschäftsführer und Stellvertretender Vorsitzender des Bundesausschusses politische Bildung (bap), in seinem Schlusswort zur Tagung. In den kommenden Monaten bleibe es Aufgabe der Träger politischer Bildung, immer wieder nach den neuen Chancen für die politische Bildung, die das Web 2.0 bieten könnte, zu fragen. Eine umfassende Dokumentation der Tagung findet sich unter <http://pb21.de>.

Aktionstage Politische Bildung

Präsentation der Politischen Bildung vom 5. bis 23. Mai 2010



Bonn (inform). Erneut rufen die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) sowie die Landeszentralen für politische

Bildung alle Einrichtungen auf, sich an den Aktionstagen Politische Bildung 2010 zu beteiligen. Die „Aktionstage Politische Bildung“ wollen die Vielfalt der Akteure und Aktionen auf dem Gebiet der politischen Bildung präsentieren und vom 5. bis 23. Mai 2010 gezielt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das breite und wichtige Angebot politischer Bildung in Deutschland lenken. Ab dem 5. Mai, dem Gründungstag des Europarates, treten drei Wochen Veranstalter der politischen Bildung gebündelt unter dem Label „Aktionstage Politische Bildung“ auf und präsentieren bis zum 23. Mai 2010, welche besondere Bedeutung vor allem in gesellschaftlichen Umbruchprozessen der politischen Bildung zukommt. In diesem Jahr finden die Aktionstage Politische Bildung zum sechsten Mal, parallel in

Deutschland, in Österreich, in Südtirol und dem deutschsprachigen Teil Belgiens statt. Am 14. Mai 2010 findet in Leipzig eine Quiz-Show zu Genderfragen als zentrale Veranstaltung der Aktionstage Politische Bildung statt, bei dem – wie gewohnt – u.a. Prominente, Jugendliche, Politiker und politische Bildner, sowie das Publikum mitspielen. Alle Veranstaltungen zur politischen Bildung, die zwischen dem 5. und 23. Mai 2010 stattfinden, werden unter dem Label „Aktionstage Politische Bildung“ bundesweit gebündelt und im Rahmen eines Webauftritts sowie einer Broschüre veröffentlicht, die im April erscheinen wird. Die AKSB wird mit 24 Veranstaltungen ihrer Mitgliedseinrichtungen vertreten sein. Weitere Informationen unter www.bpb.de/aktionstage.

Inhaltlicher Austausch stärkt Vernetzung in der AKSB

AKSB-Kooperationskonferenz Politische Jugendbildung 2009 in Bonn

Bonn (inform). Bei der Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“ der AKSB im Dezember 2009 in Bonn stand erneut die Information der Mitgliedseinrichtung über die Gesamtentwicklung der AKSB-Bildungsarbeit und die damit verbundenen Förderfragen im Mittelpunkt. Mit drei Schlagwörtern umschrieb Lothar Harles bei seiner Begrüßung den Zweck der Konferenz: „Bildung – Vernetzung – Förderung“. Gleichzeitig hob er die Bedeutung der Konferenz hervor, die als wichtige Quelle des Informationsaustauschs eine solide Grundlage für eine erfolgreiche bundesweite Zusammenarbeit in der AKSB bilde. Einen Rückblick auf die Entwicklungen im Bereich der politischen Jugendbildung 2008 und 2009 gab Ulrike Leikhof, Referentin für politische Bildung in der AKSB. Gegenstand der anschließenden Diskussion war die Frage, welche Rolle die aktuellen Themen wie Wirtschaftskrise und Klimawandel in der AKSB-Bildungsarbeit spielen.

Die neuen Richtlinien des Kinder- und Jugendplanes stellte Ute Stolz, Finanzreferentin der AKSB, vor. Nur geringfügige Änderungen seien zu beachten, besonders im Bereich der Regelungen des längerfristigen Freiwilligendienstes im Ausland. Zudem müsse der Jahresantrag nunmehr bis zum 31. Dezember des Vorjahres eingereicht werden.

Das aktualisierte Merkblatt KJP II.1 erläuterte anschließend Doris Jonas vor, Sachbearbeiterin der AKSB. In diesem Merkblatt wurde eine Lockerung der Altersgrenzen für die Kooperation mit Schulen festgeschrieben. Schüler/-innen, die in der Jahrgangsstufe 8 noch nicht 14 Jahre alt sind, können damit trotzdem gefördert werden, soweit es sich um die Kooperation mit einer Klasse handelt.

In Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden die Themenbereiche „Kooperation außerschulische Jugendarbeit und Schule“ und Partizipation. Lothar Harles verdeutlichte die Abgrenzungskriterien zwischen schulischer und außerschulischer Bildung, die von den KJP-Richtli-

nien vorgegeben werden: die Angebote außerschulischer Bildung dürften keine unterrichtsersetzende Funktion haben. Die Beweislast liege hier bei den Trägern der außerschulischen Bildung.

Den Einstieg für den Themenbereich „Partizipation“ bildete die Definition von Prof. Roland Roth bei der Jahrestagung. In der Kleingruppe sollte unter Leitung von Ulrike Leikhof die Frage in den Blick genommen werden, inwiefern Partizipation in den Seminaren der politischen Bildung eine Rolle spiele und wie dies in den Evaluationsberichten dargestellt werden könne. Die Arbeitsgruppe einigte sich auf die Erstellung eines Leitfadens zum Themenbereich „Partizipation“. Dieser soll entwickelt und in den Fachgruppen diskutiert werden. Die Ergebnisse der

Prüfung der Verwendungsnachweise 2008 durch das Bundesverwaltungsamt im Sommer 2009 präsentierte Ute Stolz vor. Es habe sich dabei um eine sogenannte vertiefte Prüfung gehalten. Diese Prüfungen seien positiv verlaufen. Hinsichtlich einzelner Grundsatzfragen gebe es jedoch die Notwendigkeit zur Nacharbeit, so z.B. im Bereich der Fahrtkostenabrechnung und der Personalkosten. Weitere Themenschwerpunkte der Konferenz waren die Internationale Jugendarbeit und die Entwicklungen in der Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk.

Die nächste Kooperationskonferenz politische Jugendbildung findet am 9. Dezember 2010 statt. Weitere Informationen erteilt Ute Stolz, stolz@aksb.de.

AKSB-Verwaltungsfachtagung 2010

Vom 9. bis 11. Juni 2010

Bad Saarow (inform). Zur AKSB-Verwaltungsfachtagung in Kooperation mit der Akademie Klausenhof vom 9. bis zum 11. Juni 2010 in der Heimbildungsstätte der Caritas in Bad Saarow hat die AKSB-Geschäftsstelle Ende Februar eingeladen. Erneut soll bei dieser Tagung das Themenfeld „Kommunikation“ vertieft werden. Weiteres Thema werden

die veränderten Umsatzsteuersätze im Beherbergungsbetrieb sein. Ab dem 01. Januar 2010 wird der Mehrwertsteuersatz um 12% auf 7% reduziert. Informationen hierzu und die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch mit dieser Gesetzesänderung soll die Verwaltungstagung bieten. Weitere Informationen gibt Ute Stolz, stolz@aksb.de.

Fachkonferenz „Internationale Arbeit“

Heinrich Pesch Haus vom 19. bis 20. April 2010

Ludwigshafen (inform). Die Fachkonferenz Internationale Arbeit der AKSB findet in diesem Jahr vom 19. bis 20. April in Ludwigshafen statt. Die Tagung ist insbesondere von Interesse für Mitgliedseinrichtungen, die Zuwendungsmittel in den Programmen KJP II.16 und DFJW erhalten, sowie für Empfänger von Zuwendungsmitteln aus dem EU-

Aktionsprogramm „Jugend in Aktion“. Neben der Vorstellung der eigenen Internationalen Programme der Einrichtungen wird die Tagung Entwicklungen und Themen in der Internationalen Arbeit und in Europa aufgreifen. Weitere Informationen bei Ulrike Leikhof, leikhof@aksb.de.

„Quo vadis, Israel?“

Die Hegge: Tagung zum Nahostkonflikt

Willebadessen (inform). „Wir sollten eine Mauerverwertungsgesellschaft gründen! Historisch gesehen ist jede Mauer irgendwann gefallen. Wir sollten daher schon jetzt eine Gesellschaft gründen, bei der man statt Aktien Steine der Mauer kaufen kann, die Israel auf palästinensischem Boden errichtet hat!“, mit dieser originellen Idee einer gewaltlosen Initiative in Israel und Palästina überraschte Rupert Neudeck während der überfüllten Tagung zum Nahostkonflikt auf der Hegge im Dezember vergangenen Jahres. Zugleich brachte Neudeck mit diesem Vorschlag ein wenig Hoffnung und Zuversicht in den Teilnehmerkreis, der bis dahin aufgrund der erschütternden Berichte über die aktuelle Lage der Palästinenser stumm, hilf- und ratlos geworden war.

Den Auftakt der Veranstaltung gab Dr. Ghaleb Natour, Palästinenser aus dem Kernland Israels und seit 1979 als Physiker in Deutschland lebend, indem er die aktuelle Lebenssituation der arabischen Bevölkerung in Israel darstellte. Es wurde deutlich, dass diese sich seit der Gründung des Staates Israel immer weiter verschlechtert hat. Die in Israel verbliebenen Palästinenser wurden von der arabischen Welt abgeschnitten und innerhalb des neugegründeten Staates wie Staatsfeinde behandelt. Diese feindliche Einstellung gegenüber der arabischen Bevölkerung trägt sich bis heute durch. Natour, der die traurigen Fakten seines Heimatlandes sachlich und ohne jede Anklage darstellte, ruft nicht zum Krieg gegen Israel auf. Er bejaht den Staat Israel trotz aller selbst erfahrenen Diskriminierung. Er sucht nach Wegen des Friedens zwischen beiden Parteien. Er lädt jüdische und arabische Jugendliche aus Israel zu einer Dialogwoche ein, „damit man konkrete Gesichter ‚der anderen Seite‘ kennenlernt“.

Für die Teilnehmer der Heggetagung war es eine ungewöhnliche Möglichkeit, über die aktuelle Realität in Israel und Palästina aus erster Hand informiert zu werden. „Ist Israel überhaupt noch eine Demokratie?“, fragte eine aufgebrachte



Teilnehmerin. „Die Meinungen sind da geteilt,“ antwortet Natour und zitiert einen hohen israelischen Staatsrechtler, der formulierte: „Israel ist keine Demokratie, sondern eine Ethnokratie. Israel ist eine selektive Demokratie für eine bestimmte ethnische Gruppe.“

Palestinafrage ist ein Weltkonflikt

Der zweite Referent, Rupert Neudeck, mit vielen Elendsgebieten weltweit vertraut, machte in seinen Ausführungen deutlich, dass die Palästinafrage kein lokaler Konflikt, sondern ein Weltkonflikt ist. Er appellierte an die deutsche und europäische Politik: „Wir müssen die Opposition im Iran ansprechen und stärken! So lässt sich ein Nahostkrieg vielleicht abwenden.“

Prof. Dr. Udo Steinbach, Islamwissenschaftler und langjähriger Leiter des Orient-Instituts, ordnete das ungelöste Palästina-Problem ebenfalls in einen weiten Problemhorizont ein: „Die Drohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad gegenüber Israel muss man durchaus ernst nehmen“, so Steinbach. Dabei würde scheußlicherweise sowohl von Seiten Ahmadinejads wie auch von Seiten Israels der Holocaust instrumentalisiert.

Prof. Dr. Rolf Verleger, deutschjüdischer Professor für Psychiatrie in Lübeck, wies in seinem Vortrag zunächst auf die innerjüdische Kritik am Zionismus im 19. und 20. Jahrhundert hin: „Es gab eine entschiedene Ablehnung der zionistischen Bewegung gerade durch traditionell den-

V.l.n.r.: Michael Gennert (Die Hegge), Dr. Ghaleb Natour, Prof. Dr. Rolf Verleger, Tagungsleiterin Dorothee Mann (Die Hegge), Dr. Rupert Neudeck, Prof. Dr. Udo Steinbach.

kende Rabbiner. Sie unterschieden zwischen einer ersehnten Heimstätte und einem nicht gewollten eigenen Staat.“

Von besonderem Interesse für die Teilnehmer war die Diskussion der Frage, inwieweit Kritik an israelischer Politik als Antisemitismus zu bezeichnen ist. Hilfreich waren dazu ebenso die Ausführungen von Professor Verleger, dessen Großeltern durch die Nationalsozialisten ermordet wurden und dessen Vater Auschwitz überlebte. „Daher“, so Verleger, „bleibt das Bewusstsein für die verbrecherische deutsche Vergangenheit für mich eine notwendige Voraussetzung für eine Kritik am Staat Israel.“ In Deutschland sei „eine absolute Leidenschaft aufgekommen, der Ermordung des europäischen Judentums zu gedenken: große Gedenkstätten wurden errichtet und überall ‚Stolpersteine‘ eingeklopft“. Insofern sieht Verleger keine Gefahr, dass in Deutschland – anders als im Iran – der Holocaust geleugnet wird.

„Jedoch,“ so Verleger weiter, „die Lehre aus dieser Zeit darf auf deutscher Seite nicht nur der Einsatz für die Rechte der Juden sein, sondern muss der Einsatz für die Rechte aller Menschen sein. Diese Rechte gelten allen Menschen, seien es palästinensische Araber, Deutsche oder israelische Juden“, so Verleger.

Die Politik gestalten

Bensberger Gespräche zur Politik im 21. Jahrhundert

Bergisch-Gladbach (inform). Die alljährlichen sicherheitspolitischen Bensberger Gespräche fanden 2010 vom 25. bis 27. Januar im Kardinal Schulte Haus in Bergisch Gladbach statt. Als Thema wurde gewählt: „Die Politik gestalten. Politik für das 21. Jahrhundert“. Veranstalter waren traditionell die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Mit Fachvorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops wurde intensiv den Fragen nachgegangen, welche Konsequenzen nötig sind, um eine tragfähige Zukunft der internationalen Gemeinschaft

aufzubauen, gerade vor dem Hintergrund der Erschütterungen in den vergangenen Monaten in der internationalen Finanzwelt. Entscheidende Fragestellung war: Welche Auswirkungen ergeben sich für die Sicherheit, für die Demokratie und ihre möglichen Defizite, und mit welchen Einschnitten ist in Zukunft zu rechnen, insbesondere bei den sozialen Systemen? Die Teilnehmenden waren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung aus dem militärischen und dem zivilen Bereich. In einem „Markt der Möglichkeiten“ präsentierten sich Netzwerk-Träger vom „Netzwerk Politische Bildung für die Bundeswehr“ mit

ihren Angeboten im Bereich politischer Bildung für Soldatinnen und Soldaten (im Themenspektrum der ZDv 12/1). Auch die AKSB war mit einem Stand durch Projektreferent Dr. Stefan Baumeister und Katrin Zimmermann vom Heinrich Pesch Haus vor Ort. Während der dreitägigen Gespräche konnte die AKSB die Gelegenheit nutzen, in zahlreichen Gesprächen mit Offizieren und Verantwortlichen für politische Bildung von Stabs- und Zivilstellen über die Kompetenzen und Netzwerke der AKSB zu berichten und Mitgliedseinrichtungen als Seminarorte für die Bundeswehr zu empfehlen.

Reif für die Begegnung mit Polen

Fachtagungen zum deutsch-polnischen Jugend- und Schulaustausch

Nürnberg/Heppenheim (inform). „Reif für die Begegnung mit Polen“ lautete der Titel einer Fachtagung des Caritas-Pirckheimer-Hauses, Nürnberg. Verantwortliche des deutsch-polnischen Jugend- und Schulaustausch im Süden Deutschland hatten Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch. Mit Hilfe von Stefan Grothe, Koordinator des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW), konnten sich die Teilnehmenden über die Entwicklungen beim

Deutsch-Polnischen Jugendaustauschs informieren. Durch eine Lesung von Matthias Kneip, Schriftsteller und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut, Arbeitskreise zur Sprachanimation, zu Problemfeldern des Austausches und zur Bearbeitung von Geschichtsthemen wurden einzelne Aspekte vertieft, die für die anstehende Begegnungsarbeit genutzt werden können. Mit einem ähnlichen Ziel fand Mitte Februar eine weitere

Fachtagung für Hessen und den Südwesten Deutschlands statt, organisiert durch das Haus am Maiberg. Unter dem Thema „Brücken ausbauen- Kontakte vervielfältigen“ beschäftigte man sich mit den Folgen der Bildungsreformen für die Austauscharbeit. Weitere Themen waren der Medieneinsatz bei Begegnungen, die Austauscharbeit mit der Zielgruppe der Bildungsbenachteiligten, interkulturelles Lernen und Europa der Regionen.

Die DDR – Ein sozialistisches Paradies

Die Hegge: Tagung zu politischen, gesellschaftlichen und sozialen Realitäten der DDR

Willebadessen (inform). Nach einer Studie der Freien Universität Berlin im Jahr 2008 stimmten nur die Hälfte der befragten sechzehn- bzw. siebzehnjährige ostdeutschen Schüler der Aussage zu, dass die DDR eine Diktatur gewesen sei. Dagegen stimmten zwei Drittel der Aussage zu: „Die Bundesrepublik war 1989 zwar anders, aber nicht besser als die DDR.“ Wie aber sah der Alltag im real existierenden Sozialismus aus – jen-

seits von „Good bye Lenin“? Wie ist das Unrecht der DDR-Zeit nach 1990 aufgearbeitet worden? Wo liegen die Ursachen für die DDR-Nostalgie? Wie können wir ihr begegnen?

Aus diesem Anlass heraus bietet das Christliche Bildungswerk „DIE Hegge“ eine Wochenendtagung vom 18. bis 20. Juni 2010 in ihrem Haus in Willebadessen an. Referenten werden sein: Dr. Herbert Wagner, Dresden, Ulrike Poppe, Berlin,

Dr. Wolfgang Thierse, Berlin sowie Prof. Dr. Bernhard Vogel, Berlin.

Als Kostenbeitrag für Tagungsgebühr, Unterkunft und Verpflegung werden 130 Euro erbeten. Diese Tagung wird aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.die-hegge.de

Interkulturelle Trainings: Stolpersteine oder Wegweiser?

Bericht über die „Zukunftswerkstatt“ im Haus am Dom - von Kerstin Frei

Frankfurt a. M. (inform). Das Akademische Zentrum Rabanus Maurus (AZRM), Haus am Dom, veranstaltete im vergangenen Jahr eine Zukunftswerkstatt zum Thema Interkulturelle Trainings. Die Veranstaltung bot den Teilnehmenden die Möglichkeit einer (selbst-)reflexiven Auseinandersetzung mit Arbeitsansätzen und -weisen Interkultureller Trainings und die Hinterfragung eigener kulturell verhafteter Denkrichtungen. Kooperationspartner und Förderer der Veranstaltung waren das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt a.M. (AMKA), die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und das Jugendbildungswerk der Stadt Frankfurt a.M.. Ein Schwerpunkt lag bei der Jugendbildung, da bereits hier die Weichen für eine diversitätsbewusste und „vorurteilsfreie“ Pädagogik gestellt werden müssen.

Ziel war es besonders, den Forscher-Praktiker-Dialog zu fördern. Beide Seiten hatten die Möglichkeit, Ergebnisse und Arbeitsweisen zu präsentieren, Erfahrungen auszutauschen und zu reflektieren und gemeinsam die Fallstricke in interkulturellen Kontexten zu benennen.

Eingangs wurden im Impuls „Von der Kunst Räume zu eröffnen anstatt Schubladen aufzumachen“ kritisch gängige Kulturkonzepte hinterfragt, da sie lediglich auf Nationen oder Ethnien bezogen seien. Diese Konzepte wirkten essentialisierend, naturalisierend und homogenisierend, wobei Subjekte als kulturell anders konstruiert und „fest-gestellt“ würden. Eine kritische Praxis richte ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Bereiche Kultur- und Selbstverständnis, Verständnis von Unterschieden und Zugehörigkeiten und gesellschaftliche und globale Dominanzverhältnisse.

Intensive Workshoparbeit

Die anschließende Workshoparbeit wurde mit folgenden Fragen angeregt: Gelingt es, Festschreibungen zu vermeiden und wird die Produktion kultureller Differenzen explizit problematisiert unter Berücksichtigung subjektiver und komplexer

Zugehörigkeiten? Geraten Rassismus/Diskriminierung sowie kontextumgebende institutionelle, gesellschaftliche und globale Dominanzverhältnisse in den Blick? Schule, Religion und Kreativität waren die drei Themenschwerpunkte der folgenden Workshops mit namhaften Wissenschaftlern und Praktikerinnen, deren Ergebnisse hier kurz aufgeführt sind:

„Schule und Interkulturelle Bildung“

Schule bleibe hinter der gesellschaftlichen Realität von kultureller Vielfalt zurück und unterteile nach wie vor in Einheimische und Ausländer/Migranten. Sie halte damit an der Konstruktion von Fremdheit fest. Der Begriff des POSTMIGRANTISCHEN wurde dem entgegengesetzt. Von der praktischen Seite wurde dafür plädiert, von einer Subjektorientierung aus für kulturelle Vielfalt zu sensibilisieren.

„Religion und Interkulturelle Trainings“

Eine Einwanderungsgesellschaft müsse sich als ethnisch-religiös vielfältig verstehen und das Verhältnis von Religion und ethnisch-kultureller Identität berücksichtigen. Aus praktischer Sicht wurden die Chancen interreligiöser Fragestellungen in interkulturellen Trainings hervorgehoben. Die Diskussion hinterfragte einen institutionalisiert verstandenen und damit machterankerten Religionsbegriff und plädierte für einen suprareligiösen Dialog, der sowohl religiöse als auch nicht religiöse Menschen zusammenbringen könne.

„Kreativität in interkulturellen Trainings“

Wirkliche Ursache von Konflikten seien gesellschaftliche Entfremdung und nicht kulturell-ethnische Unterschiede. Mit den Methoden der Kreativwerkstatt können kreative Potenziale aktiviert werden, um Entfremdung zu überwinden. Es wurde von einem Projekt berichtet, das sich mittels unterschiedlichster kreativer und körperlich angewandter Methoden dem Wertekonzept „Ehre“ näherte. Kritisiert wurde in der



Diskussion der Begriff des „Trainings“, der implizit von einer Hierarchie ausgehe.

Perspektiven

Wichtiger Effekt dieses Treffens unter Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der interkulturellen Arbeit und Forschung war die Vernetzung und der offene Austausch. Besonders prägend waren für die Teilnehmenden die (selbst-)kritische Grundlinie aller Impulse und Diskussionen und der Forscher-Praktiker-Dialog. Wunsch aller Teilnehmenden war die Vertiefung der Thematik, die das AZRM auch zukünftig fördern möchte.

Katholische Akademien agieren sozial verantwortlich, wenn sie ihr rein theologisches Spektrum erweitern und die Chance ergreifen, in dem gesellschaftlichen Feld Interkulturelles als Netzwerker/-innen moderierend zu fungieren, Diskurse in die (Stadt-) Gesellschaft hinein anzuregen und zu vertiefen. Öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung der Kompetenzen, langfristiger Aufbau loyaler Netzwerke in die Multiplikatorenmilieus, Legitimierung „nach außen und nach innen“, die Frage der Finanzierung, die Entwicklung und Durchführung neuer experimenteller Veranstaltungsformate sind einige der Herausforderungen, über die ein offener kollegialer Austausch gewünscht ist. Anregungen hierzu bitte an Kerstin Frei, Studienleiterin AZRM, Haus am Dom, k.frei@bistum-limburg.de.

AKSB-Kurz notiert

Ausschreibungen und Informationen

Das Kolpingwerk Deutschland sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n Referent/in für den Bereich Gesellschaft/ Gesellschaftspolitik, in Vollzeit (unbefristet). Erwartet werden ein Hochschulabschluss in Sozial-, Politikwissenschaft oder vergleichbarer Abschluss sowie einschlägige Berufserfahrung. Aussagekräftige Bewerbungen sollten bis zum 01.04.2010 an folgende Adresse gerichtet werden: Kolpingwerk Dienstleistungs GmbH, Personalreferentin Nadine Daas, Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln. Weitere Informationen: www.aksb.de > **Stellenangebote**.

Die Erwachsenenbildungseinrichtung in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, die Stefanus-Gemeinschaft Heiligkreuztal, sucht zum nächstmöglichen Eintrittstermin eine/-n Leiter / Leiterin des Bereichs Bildung. Erwartet werden eine Ausbildung in Pädagogik, Bildungsmanagement oder Theologie. Aussagekräftige Bewerbungen können unter dem Stichwort „Leiter/in Bildung“ an die Stefanus-Gemeinschaft Heiligkreuztal, Am Münster 11, 88499 Altheim-Heiligkreuztal, stefanus@stefanus.de, bis zum 31. März 2010 gerichtet werden. Weitere Informationen: www.aksb.de > **Stellenangebote**.

Zu den 52 „spirituellen Kulturtankstellen“ im Essener Kulturhauptstadtjahr gehört auch der Essener Dom. Gemeinsam mit der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ in Mülheim-Speldorf lädt das Essener Domkapitel im Jahr 2010 zu vier „Domgesprächen“ ein. Gesellschaftliche Verantwortungsträger sprechen darüber, worauf es ihnen ankommt und was persönliches und gesellschaftliches Leben voranbringt. Das erste Domgespräch fand am 10. März mit der ehemalige Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer statt. Nächster Termin ist der 9. Juni. Weitere Informationen unter www.die-wolfsburg.de.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, und die Vorsitzende

der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischöfin Dr. Margot Käßmann, haben zu den Betriebsratswahlen aufgerufen: Die Christliche Sozialethik bekenne sich zur betrieblichen Mitbestimmung als einem bewährten Gut der Sozialen Marktwirtschaft, heißt es in dem Aufruf weiter. Die Betriebsratswahlen finden in Deutschland vom 1. März bis zum 31. Mai 2010 statt.

Das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch ConAct lädt zur Teilnahme **am deutsch-israelischen Fachkräfteprogramm „Integration und Identität in der multikulturellen Gesellschaft Israels“ vom 25. bis 30. April 2010 in Israel.** Die Einladung zur Teilnahme richtet sich an außerschulische Träger und Verantwortliche im Kontext der deutsch-israelischen Austauscharbeit, ebenso wie an interessierte Fachkräfte der Jugendhilfe und Jugendbildungsarbeit in Deutschland. Weitere Informationen unter www.conact-org.de.

Im Februar ist **die Studie der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz** „Mit Geldanlagen die Welt verändern? Eine Orientierungshilfe zum ethikbezogenen Investment“ erschienen. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass ethikbezogenes Investment grundsätzlich als sinnvoller Versuch verstanden werden könne, die Unternehmen mit ethischen Zielen zu beeinflussen. Die Studie ist zu beziehen beim Bereich Weltkirche und Migration der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn Tel. 0228/103-288, Fax 0228/103-335, E-Mail: p.kostka@dbk.de oder kann unter www.dbk.de > **presse > aktuelles > Pressemitteilung Nr. 25** vom 17.02.2010 heruntergeladen werden.

Am 26. Januar 2010 hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Professor Dr. Annette Schavan, im Energieforum Berlin das Wissenschaftsjahr 2010 - Die Zukunft der Energie eröffnet. In diesem Wissen-

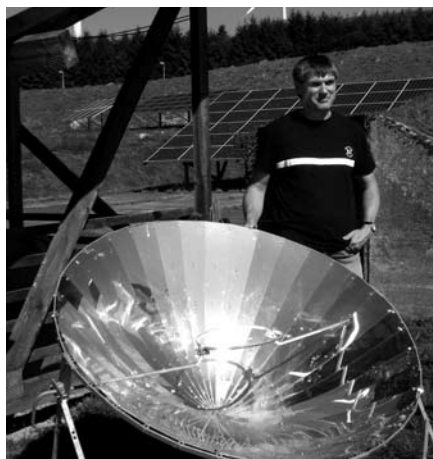
schaftsjahr geht es darum, die große Relevanz der Energieforschung sichtbar zu machen, über die vielfältigen Forschungsfelder und Entwicklungen der Energieforschung zu informieren und bei jungen Menschen Neugier zu wecken und Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft der Energie auszubilden. Umfassende Informationen finden sich unter www.zukunft-der-energie.de. Ein besonderer Höhepunkt des Wissenschaftsjahres wird der bundesweite Tag der Energie am 25. September 2010 sein.

Nach einer zweijährigen Pause veranstaltet der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) und das Bildungswerk der Humanistischen Union in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vom **4. bis 7. Juli wieder eine Sommerschule der politischen Bildung** im Zinzendorfhaus Neudietendorf bei Erfurt stattfinden. Methoden der politischen Bildungsarbeit sollen in Workshops intensiv erprobt werden. Die Workshopthemen werden sein: Klimawandel – mehr als Umweltbildung?; Online-Lernen in der politischen Bildung.; Landschaft Lesen. Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 150 EUR und 80 EUR für Studierende. Weitere Informationen sind beim AdB zu erhalten, Boris Brockmeier, brokmeier@adb.de

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ruft engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme am **„einheitspreis – Bürgerpreis zur Deutschen Einheit“** auf. Bis zum 31. Juli 2010 können sich Personen und Projekte bewerben oder auch vorgeschlagen werden, die auf originelle und beispielhafte Weise die innere Einheit Deutschlands und die Annäherung der Bundesrepublik an die östlichen Nachbarn stärken. Der einheitspreis 2010 ist mit insgesamt 15.000 Euro Preisgeld dotiert. Weitere Informationen unter www.einheitspreis.de oder auf telefonische Anfrage beim Wettbewerbsbüro unter +49(0)30 2887 610.

Nach uns die Sintflut?

Klimawandel als Thema in der politischen Bildung



inform. Das Klima der Erde verändert sich und spätestens seit dem vierten Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change) von 2007 ist es wissenschaftlich kaum mehr umstritten, dass der Klimawandel primär vom Menschen verursacht ist. Der Weltklimarat, der unter dem Dach der Vereinten Nationen agiert, empfiehlt der Staatengemeinschaft die Emission von Treibhausgasen dringend zu reduzieren, um der globalen Erderwärmung sowie dem gefährlichen Klimawandel mit seinen drastischen Konsequenzen entgegenzuwirken. Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse sollten die Grundlage für die notwendige Klimapolitik auf internationaler, europäischer und bundesdeutscher Ebene bilden. Schon 1992 hat sich die Weltgemeinschaft in Rio de Janeiro auf der „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtet. In diesem Leitbild wird festgehalten, dass allen Ländern und Völkern gleiche Entwicklungsmöglichkeiten unter ausdrücklicher Berücksichtigung von Interessen nachfolgender Generationen eröffnet werden sollten. Diese Ziele lassen sich scheinbar aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessen in unserer funktional differenzierten Weltgesellschaft nicht so einfach in die Praxis umsetzen. Gerade weil die angepeilten Ziele auf dem jüngsten Klimagipfel in Kopenhagen nicht ansatzweise erreicht wurden und der Gipfel seitens der Medien, der Nicht-

regierungsorganisationen (NGOs) und sogar von den politischen Akteuren als gescheitert erklärt wurde, bleiben Klimawandel und –politik nach wie vor zentrale Themen der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den Menschen zu verantwortlicher Mitgestaltung von zukunftsfähigen Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Umwelt zu befähigen aber auch das gesellschaftspolitische Ziel verfolgt, eine nachhaltige, d.h. dauerhaft umweltverträgliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Sinne von Bewahrung der Schöpfung zu fördern (siehe AKSB-Konvention). Der Umgang mit aktuellen Ressourcen, die auch für zukünftige Generationen wichtig oder überlebensnotwendig sein werden, wirft für die AKSB neben den politischen und ökonomischen auch ethische Fragen auf. Die umweltpolitischen Zusammenhänge sollen den Teilnehmenden in den vielfältigen Veranstaltungen der politischen Bildung verdeutlicht werden, um sie in ihrer eigenen Urteilsbildung zu unterstützen.

Angebotsspektrum der AKSB zur Thematik

Die Mitgliedseinrichtungen der AKSB haben im vergangenen Jahr in mehreren Veranstaltungen das Thema Klima mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen aufgegriffen und in adäquater Weise ihren Zielgruppen angeboten. Sowohl in der Erwachsenen- als auch in der Jugendbildung fand das Thema Berücksichtigung. Inhaltlich standen aktuelle Diskussionen im Spannungsfeld von Wissenschaft, gesellschaftlicher Öffentlichkeit und Politik im Bezug auf den Klimaschutz im Mittelpunkt. Die Auseinandersetzung mit Institutionen der internationalen, europäischen und nationalen Klimapolitik war wesentlich. Unterschiedliche Themenfelder wurden je nach Prioritätensetzung in den Seminaren behandelt. Hier sollen nur einige exemplarisch erwähnt werden: Geschichte und Ziele der Umweltpolitik, Klimapolitik im internationalen Vergleich, Klimapolitik

der EU, Akteure und Interessensgruppen im Bezug auf Klimawandel und Klimaschutz, spezifische Umweltthemen wie z.B. Energieerzeugung und Umweltbelastung, soziale Umweltkrisen, Auswirkungen von Klimawandel in Industrie- und Entwicklungsländern, Klimawandel und Armut, mögliche Auswege aus der Klimakrise und kommunale sowie individuelle Gestaltungsmöglichkeiten.

Methoden und Ziele

Grundintention der methodisch-didaktischen Gestaltung (vor allem der Jugendseminare) war es, die Inhalte sachlich, aber abwechslungsreich und partizipativ anzubieten. So wurden Rollen- und Planspiele, das Medium Film und zahlreiche Diskussionsformen angewandt. Die komplexe Thematik erfordert thematische Inputs, die oft von der Seminarleitung oder externen Referentinnen und Referenten eingebracht wurden. Einige Veranstalter boten zudem Exkursionen (z.B. zur Biologischen Station) und Expertengespräche (z.B. mit Mitgliedern des Europäischen Parlamentes) an. Ziel der Veranstaltungen zum Themenkomplex „Klima“ war es, umweltrelevante Begriffe, Institutionen, Akteure und Themen zu vermitteln, um einen Überblick über komplexe umweltpolitische Zusammenhänge zu erleichtern. Zudem sollte zur eigenen Urteilsbildung im Diskurs beigetragen werden und zur Partizipation motiviert sowie befähigt werden.

Als Fazit sei festgehalten, dass es innerhalb der AKSB-Mitgliedseinrichtungen ein vielfältiges Angebot an Veranstaltungen zum Klimawandel im Jahr 2009 gab und auch in Zukunft geben wird. Das Thema findet Beachtung und wird auf unterschiedlichste Weise aufgegriffen. Verschiedene Zielgruppen, sowohl Jugendliche als auch Erwachsene, werden in den Blick genommen und mit adäquaten Seminarformen, Methoden und Schwerpunktthemen angesprochen.

Marica Zelenika

Das Ende der Welt, wie wir sie kannten.

Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie – Buchhinweis von Kai Stenull

Claus Leggewie/Harald Welzer: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Verlag S. Fischer, Frankfurt/Main 2009, ISBN-103100433114, 192 S., 19,95 Euro.

(inform). Im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen erschienen 2009 einige Bücher zum Thema Klimawandel. Der Titel „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ fällt auf – nicht nur wegen des bekannten Zitats der Band REM.

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie, Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ und der Sozialpsychologe Harald Welzer, Autor von „Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird“, diskutieren den Klimawandel aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Ihre zentrale These lautet: Eine Gesellschaft, die die Krise verstehen und meistern will, kann sich nicht mehr auf Ingenieurskunst, Unternehmertegeist und Berufspolitik verlassen (die alle gebraucht werden) – sie muss selbst eine politische werden.

Wie die Gesellschaft eine solche werden kann, erläutern die Autoren in insgesamt

fünf Kapiteln. Davon bietet das erste Kapitel „Die Krise verstehen, oder: die Grenzen eines kulturellen Modells“ zwar keine bahnbrechenden neuen Erkenntnisse, ist jedoch eine gute und knappe Zusammenfassung der aktuellen Klimadebatte, bei der auch ein paar Seitenhiebe auf die sogenannten Klimaskeptiker nicht fehlen dürfen. Relevant für die politische Bildung wird es vor allem, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob und wie in Demokratien der Klimawandel bewältigt werden kann. Grundsätzlich sorgen sich die Autoren um den Legitimationsverlust von demokratischen Systemen, denen zunehmend das Vertrauen der Bürger/-innen abhanden kommt. Hinzu kommt, dass demokratische Regierungen zum einen systematisch die Zukunft vernachlässigen, zum anderen mit ihrer an der nationalstaatlichen Ebene orientierten Politik für eine wirklich effektive supranationale Klimapolitik kein Mandat haben, bzw. an diesem auch nur bedingt interessiert sind.

Bis zum Ende durchdachte Lösungsvorschläge für Demokratien präsentieren Leggewie und Welzer nicht. Ihre Hoffnung auf den „strategischen Konsumenten“, der sich gleichzeitig in einer APO 2.0 engagiert, also in einer Außerparlamentarischen



Opposition im Web, scheint doch zu naiv. An diesen Stellen liest sich ihr Werk auch eher wie ein Appell oder eine Wunschvorstellung. Andererseits ist ohne kulturellen Wandel das Projekt einer postcarbonen Gesellschaft wohl nicht zu bekommen und das beinhaltet auch einen Wandel des Konsumverhaltens. Die Autoren sind der Auffassung, dass die „Metakrise“, mit der wir es beim Klimawandel zu tun haben, mehr und nicht weniger Demokratie bedarf und fordern diese ein. Wer Lust hat, diesem Gedankengang zu folgen, sollte sich von der Lektüre für die eigene Seminararbeit und für die Diskussionen mit den Teilnehmenden inspirieren lassen.

Abschied und Dank

Marica Zelenika beendet ihre Tätigkeit in der Fachgruppe I



(inform). Marica Zelenika hatte die Infrastrukturstelle für die Öffentlichkeitsarbeit der FG I „Das Politische“ vom 1. Februar 2007 bis zum 12. Februar 2010 inne. Mitte Februar schied sie als Jugendbildungsreferentin aus dem Franziskanischen Bildungswerk e.V. in Großkrotzenburg und somit auch aus der Fachgruppenarbeit aus. Aus privaten Gründen zog es sie nach Nürnberg, in den Umkreis der Familie und Freunde. Dort nahm sie bereits zum 15. Februar 2010 ihre neue Tätigkeit bei „DEGRIN – Bildung und Begegnung in Vielfalt“ auf.

Hiermit möchte sie sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sie in unterschiedlichen Kontexten der AKSB kennen lernen durfte, für die bereichernden Begegnungen und produktiven Sitzungen bedanken. Besonderer Dank gilt denjenigen, die sie in ihrer Arbeit als Öffentlichkeitsreferentin in den letzten drei Jahren unterstützt haben. Der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke wünscht sie weiterhin gutes Gelingen in der sehr wichtigen Arbeit, die sie für die Gesellschaft leistet. In diesem Sinne: „Vorwärts und nicht vergessen“.

„Das Leben ist kein Ponyhof“

Langzeitarbeitslose auf dem Weg zu politischer Partizipation

Good
Practice



Herzogenrath (inform). Der 17. und 18. Dezember 2009 war für 22 Teilnehmer/-innen des Seminars „Das Leben ist kein Ponyhof – Wege aus der Chancenlosfalle Langzeitarbeitslosigkeit“ ein echtes Wagnis. Ihre Gemeinsamkeit: Alle stehen im Bezug des Arbeitslosengeldes II, nehmen derzeit an Trainingsmaßnahmen der ARGE in der Städteregion Aachen teil und besuchten noch nie eine Veranstaltung der politischen Bildung. Nun wurde ihnen bewusst, dass sie Möglichkeiten der Partizipation haben und nicht in der Isolation stehen müssen. Dies werden sie am 16. April 2010 nutzen, wenn sie wieder ins Nell-Breuning-Haus (NBH) kommen und auf der Veranstaltung „Hartz-IV trifft Politik“ eine Fotoausstellung und ein Theaterstück präsentieren (siehe Ankündigung S. 15).

Um diese Zielgruppe für politische Bildung zu gewinnen, hatte das NBH zuvor Kurzinterviews mit den Teilnehmenden in ihren Maßnahmen vor Ort geführt. Bildung kannten die Teilnehmenden nur aus dem weit zurückliegenden Schulalltag oder von Qualifizierungsangeboten. Entscheidend für sie wurde bei der Befragung der Abbau von Schwellenängsten und tiefem Misstrauen: „Etwas lernen? Ich kann doch gar nicht gut denken“ oder „Für meine Meinung hat sich noch nie jemand interessiert, ist das wieder so eine Schleichwerbung der ARGE?“ oder „Politische Bildung, so'n Quatsch, als ob ich etwas ändern könnte“ (O-Töne), waren typische Antworten.

Teilnehmer des Seminars.

Bildungsfern und selbstbewusst

Demgegenüber war der Veranstaltungstitel „Das Leben ist kein Ponyhof“ allen Teilnehmenden ein vertrauter Begriff. Zum Teil hatten sie diesen Spruch bereits als ablehnende Haltung auf den Behörden der Grundsicherung wahrgenommen. Dass sie sich in einer „Chancenlosfalle Langzeitarbeitslosigkeit“ befinden, war den Teilnehmenden aus den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen mehr als bewusst. Attraktiv war für sie das Seminar aber vor allem wegen der neu zu gewinnenden Perspektive, dieser Falle aus eigener Kraft zu entkommen. So verfolgten die Veranstalter zunächst einen biografischen Zugang zu Erfahrungen und Ressourcen der Teilnehmenden. Im zweiten Teil wurde diese Perspektive geöffnet um die Wahlmöglichkeiten, die sie als Bürger in Politik, Gemeinwesen und Kultur haben. Es zeigte sich, dass die kreative Arbeit in drei verschiedenen Workshops diese Zugänge für die bildungsfernen Teilnehmer/innen erleichterte. Obwohl es die Gemeinsamkeit „Langzeitarbeitslosigkeit“ für alle gab, zeigte sich an den unterschiedlichen Biographien, dass es eine große Variationsbreite im Umgang mit Arbeitslosigkeit gibt. Am Ende des ersten Tages konnte ein erstes Resümee gezogen werden: „Langzeitarbeitslosigkeit“ ist kein Schicksal, in das man sich fügen muss und aus dem es kein Entkommen gibt. Der Input am

zweiten Tag zur Entstehung und Entwicklung von Arbeitsmärkten und Arbeitslosigkeit ging über diese Folgerung hinaus: Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt. Jenseits der Minderzahl von Menschen, die aus eigenem Wunsch ihre Arbeitsverhältnisse beenden und arbeitslos werden, gibt es eine Sockelarbeitslosigkeit, die keineswegs in das Verschulden des Einzelnen fällt. Der Akt des Verlustes der Arbeit ist insofern gewalttätig, als Menschen ohne eigene Entscheidung um ihr existenzsicherndes Einkommen gebracht werden, ihre gesellschaftliche Anbindung verlieren, ihr Recht auf Bildung nur noch eingeschränkt einlösen können und angewiesen werden auf einen Träger, der ihnen einen fest gesetzten Anteil an Grundsicherung zukommen lässt.

Diese für die Teilnehmenden durchaus ungewöhnliche Sicht auf ihr „Schicksal“ löste unter ihnen Empörung aus und animierte sie zum Weiterzudenken. Sie formulierten für ihre Arbeit im Seminar das Ziel, nach Wegen politischer Partizipation zu suchen, ihre Isolation zu beenden und nach Möglichkeiten zu suchen, weiterhin an Veranstaltungen der politischen Bildung teilzunehmen oder selbst zu organisieren.

Konsequenzen für die politische Bildung

Aus diesen Erfahrungen lernten die Veranstalter, dass für diese Gruppe bildungsferner Teilnehmer/-innen besondere (Werbe)Maßnahmen erforderlich sind, damit Partizipation für sie als Option sichtbar wird. Dies sind sowohl Maßnahmen der Bildungseinrichtung, als auch der Grundsicherungsträger. Wenn ein Empfänger von Arbeitslosengeld II Bildung aus seiner vorhandenen Grundsicherung finanzieren kann, wird er sie wahrnehmen. Wenn eine Einrichtung spezifische, d.h. persönliche Werbung für diese Gruppe betreibt, wird sie auf geringere Schwellenangst dieser Menschen treffen.

*Ludwina Hupfauer
Dr. Christina Herrmann*

Un-Frieden?

Fachtagung zum „Preis der Erwerbsarbeit“ – Ein Thema der politischen Bildung

Heppenheim (inform). Im März 2009 richtete das Haus am Malberg in Heppenheim eine Fachtagung zum Thema „Vom Skandalisieren der Arbeitslosigkeit zur Skandalisierung der Erwerbsarbeit“ aus (inform 3/2009). Das Haus am Malberg plant nun zusammen mit einigen der Kooperationspartner eine Fortsetzung vom 14. bis 15. Februar 2011. Auf dieser sollen die Entwicklungen zu wesentlichen Aspekten der Erwerbsarbeit seit der ersten Tagung erörtert und aufgeworfene Fragestellungen intensiver diskutiert werden.

Im Rückblick auf die Tagung 2009 und in der Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen wurden bei einer ersten Vorbereitungssitzung der Kooperationspartner erneut die mit der Erwerbsarbeit verbundenen Risiken erörtert: die Verdichtung vieler Arbeitsprozesse, die Entgrenzung der Arbeit ins Private mit dem damit verbundenen Verlust von Ruhephasen und einer ständigen Ruf- und Arbeitsbereitschaft, die unterschiedlichen (und un-gerechten) Entlohnungen, die gesellschaftliche Bewertung von Arbeit – insbesondere im Bereich der haushalts- und familiennahen Arbeiten – und die Segmentierung der Gesellschaft in unterschiedliche Lebenswelten bzw. Milieus waren nur einige Aspekte, die die Kooperationspartner als „Preis der Erwerbsarbeitsgesellschaft“ identifizierten und ausführlicher im Rahmen einer weiteren Fachtagung thematisieren wollen.

Zu den Kooperationspartnern gehören wieder die Deutsche Vereinigung

für Politische Bildung - Landesverband Hessen, das Zentrum für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche Hessen Nassau (EKHN), das Referat Berufs- und Arbeitswelt des Bistum Mainz und das Hauses am Malberg. Dass die Hessische Landeszentrale für Politische Bildung und das Institut für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik der TU Darmstadt ebenfalls Kooperationsbereitschaft signalisiert haben, bestätigt die wachsende Bedeutung dieses Themas und zeigt, dass es als Handlungsfeld politischer Bildung gesehen wird.

Die Diskussionen mit den Kooperationspartnern zum Schwerpunkt einer weiteren Fachtagung liefen auf die folgenden Fragen hinaus: „In welcher (Arbeits-) Gesellschaft leben wir? Und in welcher Gesellschaft wollen wir leben? Welche Entwicklungen tragen zum sozialen Frieden bei? Welche Erosionen verschärfen den sozialen Unfrieden?“ Es sind die Fragen, die die politische Bildung in der Reflexion der Arbeitswelt bewegt und zu den Themen der Fachgruppe II – Das Soziale gehören.

Einig waren sich die Kooperationspartner, dass neben der kritischen Analyse der aktuellen Situation auch eine Vision einer lebenswerten und friedlichen bzw. gerechten (Arbeits-)Gesellschaft stehen soll. Werte wie Solidarität und Teilhabe an den gesellschaftlichen Gütern sind grundlegend für ein demokratisches Gemeinwesen und müssen vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der



Moderne Datentechnik macht das Arbeiten zu allen Tageszeiten möglich.

zukünftigen Arbeitswelt kritisch und auch visionär diskutiert werden.

Interessanterweise tauchten ähnliche Fragen sowohl im Rahmen der Fachtagung „Neue Impulse, um Solidarität zu lernen“ in Münster (siehe in diesem AKSB-Inform Berichterstattung auf Seite 3) als auch im Anschluss daran bei den Diskussionen der Fachgruppensitzung auf. Welche Themen in der Fachgruppe diskutiert wurden und wie diese in die Arbeit der Mitglieder einfließen, wird Thema im nächsten Inform.

Schon heute gilt die Einladung zur Fachtagung „Un-Frieden? – Preis der Erwerbsarbeit“ im Februar 2011 zu kommen. Bitte die Ankündigung im Inform und die Einladungen beachten, die im November verschickt werden.

Titus Möllenbeck

„Politik trifft Hartz IV“

Diskussion im Nell-Breuning-Haus am 16. April 2010

Herzogenrath (inform). Am 16. April 2010 um 11.00 Uhr lädt das Nell-Breuning-Haus (NBH) in Herzogenrath Politiker und Leistungsempfänger von Hartz-IV zum Austausch und Diskus-

sion über die gesellschaftliche Lage und Rolle von Hartz-IV-Empfängern ein. Dabei werden Teilnehmende aus Kursen der politischen Bildung im NBH unter anderem eine Fotoausstellung und ein

Theaterstück präsentieren (s. Artikel „Das Leben ist kein Ponyhof“). Nähere Infos erteilt Dr. Christina Herrmann, Tel. 02406 9558-24.

Perspektiven für eine gewaltfreie Schule?

Studientagung der Katholischen Akademie Trier



Trier (inform). Vom 13. bis 15. Mai 2009 befasste sich unter der Leitung von Dr. Günter Gehl eine Studientagung der Katholischen Akademie Trier mit den Perspektiven für eine gewaltfreie Schule. Neben Ursachenforschung wurden Projekte und Konzepte vorgestellt. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schule, Sozialarbeit, Polizei, Justiz, Elternschaft aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen daran teil.

„Amok in der Schule“ war Thema

Das auch in der Region Trier diskutierte Thema „Amok in der Schule“ stand am Anfang der Tagung. Christian Bergmann, Doktorand am Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug an der Justus-Liebig-Universität Gießen, stellte vorläufige Ergebnisse eines laufenden Forschungsprojekts vor. Bergmann wies darauf hin, dass es an bundesdeutschen Schulen in den letzten Jahren häufiger zu Amok-Androhungen gekommen sei. Es gebe allerdings keine allgemein anerkannte Definition des Amok-Begriffs.

Den Blick auf die seelische Gesundheit von Kindergartenkindern als Prävention gegen Gewalt von Schüler/-innen richtete die Trierer Psychologin Dr. Andrea Mohr. Einigkeit bestand darin, dass bereits im vorschulischen Bereich, also im Kindergarten, mit der Präventionsarbeit begonnen werden müsse.

Werteerziehung als Gewaltprävention

Inwieweit frühkindliche Prägungen von Gewalt bedeutend sind, erörterte aus kinder- und jugendpsychiatrischer Sicht der Trierer Kinder- und Jugendpsychiater Dr. Alexander Marcus. Marcus stellte dar, dass es frühkindliche Prägungen für Gewalt gebe, was gegebenenfalls medizinisch behandelt werden sollte. Der Trierer Jugendforscher Prof. Roland Eckert befasste sich mit der Werteerziehung als Gewaltprävention. Eckert betonte den wichtigen Beitrag des Bildungssystems, oder mit anderen Worten gesagt, der Werteerziehung in der Schule.

In Niedersachsen läuft derzeit ein Pilotprojekt des Landeskriminalamtes (LKA) und des Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes über schulbezogene Gewaltprävention im Verbund. Über das Konzept und erste Ergebnisse berichteten Andrea Sieverding, LKA Niedersachsen, Monika Harms, Realschullehrerin und Beauftragte für Gewaltprävention der Niedersächsischen Landesschulbehörde Abt. Hannover, und Hartmut Pfeiffer, Leiter der Kriminologischen Forschungsstelle des LKA Niedersachsen.

Perspektiven für eine gewaltfreie Schule

An der Hansjakob-Realschule in Freiburg wurde ein Konzept einer „gewaltfreien“

Blick in die Seminararbeit zum Themenbereich Gewalt

Schule als Ergebnis konsequenter pädagogischer Arbeit und der Kooperation mit außerschulischen Partnern entwickelt. Darüber berichteten Gerhard Beck von der Polizeidirektion Freiburg und Fridolin Schwörer, Rektor der Realschule. Sie sehen „gewaltfreie“ Schule als einen Prozess konsequenter und nachhaltiger pädagogischer Arbeit, die geprägt ist durch Werteerziehung und konsequenter Ernsthaftigkeit im Umgang mit den Schülerinnen und Schülern. Wichtig ist in diesem Kontext auch die Kooperation mit außerschulischen Partnern, wie Polizei und Jugendhilfe.

Mit den Anforderungen an die Politik zur Sicherstellung der Perspektiven für eine gewaltfreie Schule setzte sich Staatssekretärin Dr. Susanne Reichrath vom saarländischen Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur auseinander. Die Politik gehe von der Erkenntnis aus, dass derjenige, der Gewalt erfahren hat, auch eher geneigt sei, an andere weiterzugeben, was er selbst erfahren hat. Entsprechend breit werden Projekte und Konzepte im schulischen wie außerschulischen Bereich propagiert und gefördert.

Dr. Günter Gehl

Gewalt analysieren bedeutet, Konflikte zu analysieren

Kleine Konflikte als Ursache für große Gewalt

Good
Practice

Haminkeln (inform). Wenn Gewalt auftritt, ist es oft erstaunlich, wie massiv Kontrahenten aufeinander treffen. Umso erstaunlicher ist es, dass dieses Phänomen seinen Ursprung in kleinen, scheinbar unbedeutenden Konflikten haben kann. Legt man Friedrich Glasls Definition eines Sozialen Konfliktes zugrunde, so sind Konflikte eine Interaktion, die eine Unvereinbarkeit im Denken, Vorstellen, Wahrnehmen und/oder Fühlen, Wollen erfüllt, wodurch sich eine Partei in ihrer Aktion beeinträchtigt fühlt. Konflikte sind

also vielschichtig und nicht immer offensichtlich. Um sie zu lösen, kann es helfen den eigentlichen Konflikt von den Konfliktgegenständen zu trennen. Hier setzt eine Methode der Akademie Klausenhof zur Analyse von Gruppenkonflikten ein. Die Teilnehmenden werden gebeten, in Einzelarbeit und ausschließlich aus ihrer Sicht drei Fragen zu beantworten: Wer ist an dem Konflikt beteiligt? Welche Handlungen führten die Beteiligten in dem Konflikt aus? Warum handeln sie so? Anschließend werden die einzelnen Bei-

träge gesammelt und gegenübergestellt. So lassen sich Konfliktgegenstände vom eigentlichen Konflikt trennen. Für die Teilnehmenden wird deutlich, dass physische oder psychische Gewalt Symptome eines tiefer liegenden Konfliktes sind. Diese Art der Konfliktanalyse ist Ausgangspunkt für eine Konfliktlösung aus der Gruppe heraus und damit erfahrungsgemäß nachhaltiger.

Weitere Informationen gibt es bei Marco Düsterwald, duesterwald@akademie-klausenhof.de

Europafilme für die Bildungsarbeit

DVD und Broschüre zum Europaprojekt der Stiftung ZASS

Waldmünchen (inform). Als ein Ergebnis des bundesweiten zweijährigen Kultur- und Bildungsprojektes „Erfahrung Europa – gemeinsam leben und arbeiten“ der Stiftung Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung (ZASS) der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands entstanden Filme, die jetzt auf einer DVD veröffentlicht wurden. In den fünf Kurzfilmen reicht das inhaltliche Spektrum von der Situation Jugendlicher über das Leben

als Illegale in Europa, der ökologischen Nachhaltigkeitsfrage bis hin zur musischen Arbeit mit Behinderten. Die einzelnen Filmbeiträge sind 12 bis 21 Minuten lang und lassen sich auch deshalb hervorragend in der Bildungsarbeit einsetzen.

Die DVD kann bezogen werden bei der Stiftung ZASS, Bernhard-Letterhaus-Straße 26, 50670 Köln, Telefon 0221 77 22 216, info@stiftung-zass.de. Der Ver-

sand ist kostenlos, die Stiftung bittet um eine Spende von 8 Euro zur Finanzierung ihrer Arbeit.

Bei der Stiftung ZASS kann darüber hinaus auch die kostenlose Broschüre zum Projekt „Die Praxis von Kunst und Kultur in der politischen Bildung“ über Methoden und Ergebnisse bestellt werden.

Mechthild Hartmann-Schäfers

Gewalt in Familie und Gesellschaft

Seminar mit Multiplikatorinnen der Integrationsarbeit in der Akademie Klausenhof

Good
Practice

Haminkeln (Inform). Mit dem Seminar zum Thema „Gewalt in der Familie – Gewalt in der Gesellschaft“ behandelte die Akademie Klausenhof Ende vergangenen Jahres ein brandaktuelles Thema. Denn die Meldungen in den Medien über die Anwendung von Gewalt in der Familie und Gesellschaft reißen nicht ab. Über 20 Teilnehmerinnen besuchten das Seminar, darunter haupt- und ehrenamtliche Multiplikatorinnen der Integrationsarbeit. Aber es kamen auch Frauen, die ohne direktes Engagement in der Integrationsarbeit Interesse am Thema zeigten.

Der Referentin Anisa Said-Yonan, Psychologin aus Berlin, zeigte die Wechselwirkungen zwischen Gewalt in der Familie und Gewalt in der Gesellschaft auf. Die Sozialpädagogin Ruba Nitzschke aus Pulheim erreichte mit ihrem Vortrag eine Sensibilisierung für die Gefährlichkeit von häuslicher Gewalt.

Mit dem Seminar erfuhren die Teilnehmerinnen, in welchen Ausprägungen Gewalt in Familien und in der Gesellschaft anzutreffen ist. Die Botschaft war dabei klar: Gewalt kann kein Mittel zur Lösung von Problemen darstellen. Nur

wenn es gelingt, in der Familie weitgehend gewaltfrei zu agieren, bestehe auch die Möglichkeit, dass Gesellschaft mittel- bis langfristig Gewalt ebenfalls komplett ablehne. Aufgezeigt wurden zudem verschiedene Hilfsangebote, die es ermöglichen, sich aus Gewaltsituationen zu befreien.

Am Ende des Seminares zeigte sich folgende Erkenntnis: Gewaltphänomene sind nicht typisch für Migrantinnen-Familien, sondern sind ein gesamtgesellschaftliches Phänomen.

Die Beste Aller Welten

Ein Planspiel der politischen Bildung – von Marco Düsterwald

Köln (inform). Die Universität Köln und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) haben eine Planspielreihe mit dem Namen „Die Beste Aller Welten“ auf den Markt gebracht. Die DVD besteht aus drei Einzelplanspielen, die den Fokus auf eine lösungsorientierte Herangehensweise bei komplexen Problemen legt. Gedacht sind sie für Jugendliche, die geringe politische oder sprachliche Kompetenzen haben.

Als Beispiel hier ein Blick in das erste Planspiel: In „Inselwelt“ geht es um eine Art Robinsonade. Die Teilnehmenden finden sich in Gruppen wieder, die unterschiedliche Lebensstile pflegen. Ihr Lebensraum ist eine isolierte Insel und sie müssen für sich klären, nach welchem Lebensstil (Monarchie, Diktatur, Demokratie, Gottesstaat) sie auf dieser Insel existieren wollen. Begleitet werden sie dabei von einem Kamera-team, das jeden Schritt beobachtet und medienwirksam aufarbeitet. Nachdem der herrschende Lebensstil gefunden oder aufgezwungen wurde, beginnt

die Phase des normalen miteinander Lebens. Schwerpunkt hier ist die Zufriedenheit der Inselbewohner/-innen.

In der letzten Phase des Planspiels erfolgt eine Zuspitzung der Lage: Hier bricht eine Katastrophe in Form eines Vulkanausbruchs über die „Inselwelt“ herein. Zwar steht ein Rettungsboot bereit, jedoch kann es nicht alle Bewohner fassen, d.h. es müssen einige zurück gelassen werden. Mit dieser schwerwiegenden Entscheidung endet das erste Planspiel und wird in der anschließende Auswertung grundlegend reflektiert.

Das zweite Planspiel der DVD heißt „Lebenswelt“ und ist didaktisch ähnlich aufgebaut. Hier geht es jedoch um eine konkrete kommunalpolitische Situation. „Wissenswelt“ schließlich ist ein eher abstraktes Spiel, das eine Quizsendung simuliert.

Der Ausgabe 2/2010 des AKSB-inform wird ein didado-spezial beiliegen, dass sich mit dem Thema „Planspiele in der



politischen Bildung“ beschäftigt. Dieser Artikel soll daher einen kleinen Vorschmack auf das Spezial bieten. Die DVD „Die Beste Aller Welten“ kann bei der Bundeszentrale für politische Bildung gegen eine Bereitstellungspauschale von 6 Euro bestellt werden, www.bpb.de > **Publikationen.**

Weitere Informationen gibt es bei Marco Düsterwald, duesterwald@akademie-klausenhof.de.

„Allgemeine und berufliche Bildung 2010“

Rat der EU Bildungsminister nimmt Fortschrittsbericht an

Brüssel (inform). Der Rat der EU Bildungsminister hat den gemeinsamen Fortschrittsbericht mit der EU Kommission „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ angenommen. Der Bericht hebt die im europäischen Bezugsrahmen genannten Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes und lebenslanges Lernen hervor und betont, dass diese innovativ in allen Bereichen umgesetzt werden müssen. Gerade im Bereich der Erwachsenenbildung werden innovative Ansätze selten verwandt. Die Schlüsselkompetenzen sollen nicht nur einmal erworben, sondern später in der Erwachsenenbildung immer wieder aufgefrischt, bzw. vertieft werden. Darüber hinaus wird in der Erwachsenenbildung den fremdsprachlichen und

bereichübergreifenden Kompetenzen zu wenig Bedeutung beigemessen. Trotz vieler Anstrengungen der Mitgliedsländer im Bereich der Erwachsenenbildung, wird die Benchmark von 12,5% der Erwachsenen, die im Jahr 2010 an Maßnahmen der Erwachsenenbildung teilgenommen haben sollen, nicht erreicht. Ebenso ist der Teil hochqualifizierter Erwachsener an den Maßnahmen überproportional hoch. Die Angebote der Erwachsenenbildung sollten auch auf die Teilhabe von gering qualifizierten Bürgern/-innen und älteren Bürgern/-innen ausgerichtet sein. In diesem Jahr sollen auch Maßnahmen des Lebenslangen Lernens in den Katalog des EQR aufgenommen werden und so die Bedeutung und Notwendigkeit der Erwach-

senenbildung weiter gestärkt werden. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sollen genügend Gelder bereit gestellt werden, um innovative Ansätze zu fördern. Darüber hinaus ist es wichtig eine gemeinsame „Sprache“ von Bildungseinrichtungen und Arbeitgebern zu entwickeln. Nur so kann die Bedeutung von Lebenslangem Lernen und Erwachsenenbildung transparent für die persönliche Entwicklung und Steigerung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt gemacht werden. Dieses ist ein Kernziel der „EU 2020“ Strategie, die im Bereich der Erwachsenenbildung und lebenslangen Lernen einen Schlüssel für den Erfolg Europas sieht.

Matthias von Schlichtkrull-Guse

Kreative Methoden in der politischen Bildung

Projekt „Erfahrung Europa – gemeinsam leben und arbeiten“ der Stiftung ZASS

(inform). „Jeder Mensch ist ein Künstler“, sagte Joseph Beuys. Ausgehend von der Erkenntnis, dass jeder Mensch ein kreatives Potential besitzt, findet auch in der modernen Bildungsarbeit der Einsatz kreativer Methoden zunehmend Verwendung. Die Erfahrung zeigt, dass hinter den klassischen, hauptsächlich über den Kopf gesteuerten Bildungsprozessen oftmals ein enormes kreatives Potential schlummert, das es gerade auch für die politische Bildungsarbeit zu nutzen gilt. Dabei sind Kunst und Kreativität nie bloßer Selbstzweck, sondern Medien und Mittler auf dem Weg, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge ganzheitlich erfahrbar zu machen. Sowohl in der Einzelarbeit an den eigenen Erfahrungen als auch im gruppengestützten gesellschaftlichen Engagement ermöglicht der kreative Ansatz eine neue unverbrauchte Sicht auf die Themen und Handlungsfelder. Ausgehend von dieser Überzeugung hat die Stiftung Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung (ZASS) der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands ein zweites eigenes Kulturprojekt unter dem Titel „Erfahrung Europa – gemeinsam leben und arbeiten“ initiiert.

Bundesweite Schulung

Im Rahmen des Projektes wurden bundesweit Frauen und Männer geschult, unter zur Hilfenahme kreativer Methoden Erfahrungen mit einem sich verändernden Europa und den Auswirkungen und Umbrüchen in ihren eigenen Lebenswelten und Regionen zu erarbeiten, medial umzusetzen und zu einer „Gesamtpräsentation“ zu formieren. Die 38 Teilnehmer/-innen wurden in vier Wochenend- und zwei Wochenkursen in den Jahren 2007 und 2008 in den Werkstätten „Form & Farbe“, „Fotografie“, „Theater“ und „Video“ ausgebildet und damit in die Lage versetzt, selber vor Ort eigene Teilprojekte zu initiieren und umzusetzen. Eine Projektbegleitung sowohl methodisch wie auch inhaltlich war über den gesamten Ausbildungszeitraum sichergestellt. Durch die Ausbildung von Multiplikatorinnen und

Multiplikatoren konnte ein „Schneeball-effekt“ erzielt werden, der in den Regionen viele weitere Personen und Gruppen zur Projektmitarbeit ermutigte. Realisiert werden konnten dadurch viele verschiedene Teilprojekte mit unterschiedlichen Zielgruppen. Von daher gab es recht unterschiedliche, durch die jeweilige Situation geprägte thematische Zugänge. Gemeinsam war den meisten die Beleuchtung der persönlichen Situation und der sozialen Lage in Europa: Wie geht es den Familien in Europa? Was glaubt Europa? Wie klappt das Miteinander verschiedener Kulturen in Deutschland? Was bedeutet es für die Betroffenen, sich illegal in Europa aufzuhalten? Was heißt gute Erwerbsarbeit in Europa?

Daneben gab es auch Projekte, die stärker den kulturellen Aspekt thematisiert haben: Reisen in Europa, Heimatwechsel und ganz praktisch „Europa in meiner Küche“. Gemeinsam ist allen, dass die Teilnehmenden sich mit Begeisterung auf die verschiedenen kreativen Methoden und das Thema eingelassen haben. Es gab eine sehr hohe Motivation weit über das Erwartete hinaus zu arbeiten und mit anderen das Thema Europa zu gestalten. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang besonders, dass Menschen erreicht und zur Mitarbeit ermutigt wurden, die zu den klassischen Angeboten der politischen Bildung nicht kommen würden.

Methoden des Projekts erzeugen Begeisterung für Europa

Die Begeisterung für politische Themen muss vermittelt werden – und dies gelingt gerade auch durch solche Bildungsprojekte. Was hat Europa mit mir, mit meinem Leben zu tun? Europa konkret statt Europa abstrakt führt zu mehr Akzeptanz und zu mehr Verständnis und zu mehr Begeisterung bei den Europäerinnen und Europäern. Die Erfahrung, dass an der nächsten Ecke ein neuer Horizont beginnen kann, muss gerade auch durch andere Methoden in der politischen Bildungsarbeit ermöglicht werden.



Dass diese Herausforderung des neuen Horizontes gelingen kann, hat das Projekt „Erfahrung Europa – gemeinsam leben und arbeiten“ mit seinen vielfältigen Ergebnissen eindrucksvoll gezeigt. Die positive Resonanz auf die Präsentationen vor Ort und die Ausstellungen in Erfurt, Freiburg, Herzogenrath und im Europäischen Parlament in Straßburg sowie auf die große Abschlussveranstaltung Ende 2009 in Köln bestätigen dies. Der Einsatz kreativer Methoden in der politischen Bildungsarbeit führt zu beachtlichen, wenn gleich auch für viele zu ungewohnten Ergebnissen, besonders was die Bearbeitung klassischer politischer Themen betrifft. Da sind auf der einen Seite die sichtbaren Ergebnisse: Filme, Fotografien, Kunstexponate, Theaterszenen. Und auf der anderen Seite die zunächst unsichtbaren Lernerfolge im praktischen Tun: Veränderungen des Zugangs zur eigenen kreativen Wahrnehmung der Welt, die Anwendung neuer Methoden in der eigenen Bildungspraxis.

Weitere Informationen zum Projekt der Stiftung Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung (ZASS) der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands gibt es bei der Projektleiterin Mechthild Hartmann-Schäfers mekhthild.hartmann-schaefers@stiftung-zass.de und unter www.erfahrung-europa.de.

Europa kurz notiert

Ausschreibungen und Informationen

Am 26./27. April lädt die IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. zum zweiten Zukunftskongress nach Bonn ein unter dem Titel: „Jugend global 2020 - Bildung für nachhaltige Entwicklung - Strategien für die internationale Jugendarbeit“. Den Schwerpunkt bildet das Konzept von „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“. In Referaten und insgesamt sechs thematischen Fachforen sollen Perspektiven und Handlungsoptionen für die internationale Jugendarbeit im Kontext von BNE entwickelt werden. Themen sind u.a. Bildungsgerechtigkeit und Partizipation, interkulturelles und globales Lernen, gesundes Aufwachsen und digitale internationale Jugendbildung. Die Veranstaltung gilt als Follow-up des ersten Kongresses im Juni 2008 und will dort entstandene Initiativen weiterführen, aber auch neue Impulse für die Arbeit geben. Informationen zu Programm und Anmeldung finden Sie unter www.jugend-global-2020.de

Zum zweiten Mal verleiht die Bundeszentrale für politische Bildung den Jugenddemokratiepreis als Jugendkategorie des „Internationalen Demokratiepreis Bonn“. Mit dieser Auszeichnung sollen junge Menschen aus ganz Europa für ihr Engagement zum Thema Demokratie geehrt werden. Der Jugenddemokratiepreis ist mit 3.000 EUR dotiert und wird an ein Projekt vergeben, das sich in herausragender Weise für mehr Demokratie oder aktive Partizipation junger Bürger in Europa einsetzt. Geeignete Projekte können bis zu 15. April 2010 eingereicht werden. Weiter Informationen unter www.bpb.de/jugenddemokratiepreis

EVE (Espace Virtuel d'Echange), die Projektdatenbank der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, soll als elektronische Plattform den Informationsaustausch in und über europäische Projekte in den Bereichen Bürgerschaft, Kultur, Bildung, Mehrsprachigkeit, Sport,

Jugend und den Europäischen Jahren unterstützen. Über die im März 2009 eingerichtete Plattform können Projekte und ihre Ergebnisse recherchiert werden, die von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission abgedeckt werden. Dazu gehören Projekte, die z.B. über die EU-Förderprogramme der aktuellen Finanzperiode 2007-2013 „Kultur 2007-2013“, „Jugend in Aktion“ oder das „Programm Lebenslanges Lernen“ gefördert werden. Den Zugang zu der EVE-Plattform bekommen Sie über die folgende Webseite: ec.europa.eu/dgs/education_culture > eve.

Im Programm für „Jugend in Aktion“ sind für das Jahr 2010 folgende Förderschwerpunkte auf europäischer Ebene vorgesehen: Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung - Jugendarbeitslosigkeit und Förderung der aktiven gesellschaftlichen Beteiligung von jungen Arbeitslosen - Sensibilisierung und Mobilisierung junger Menschen vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen. Hinzu kommen die weiterhin geltenden fünf nationalen Aktionsbereiche mit den zentralen (in Brüssel) und dezentralen (bei Jugend für Europa) Antragsfristen. Die EU-Kommission hat ein neues Programmhandbuch für 2010 veröffentlicht, das auch die wichtigsten Änderungen, die sich für eine Antragstellung ergeben, umfasst. Die Änderungen sind Bestandteil des Programmhandbuchs, das unter www.jugend-in-aktion.de > **Änderungen 2010 > Programmhandbuch 2010 Deutsche Version PDF** zum download bereitsteht.

Die Entschließung des Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010 - 2018) ist im Amtsblatt der Europäischen Union (2009/C 311) veröffentlicht und online abrufbar (siehe auch Berichterstattung im AKSB –Inform Nr. 4/2009 S. 18). Die englische und französische

Version ist bereits seit einiger Zeit im Netz. Die deutschsprachige Version des EU-Ratsbeschlusses kann unter www.ijab.de > **News > Meldung vom 07.01.2010** heruntergeladen werden.

Neue Leitung

Europabüro in Brüssel

Brüssel (inform). Das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung hat eine neue Leitung. Ab dem 1. April 2010 wird Christina Gerlach die Leitung mit einer Vollzeitstelle übernehmen. Nach dem Ausscheiden von Simone Kaufhold als Referentin zum 31. Dezember 2009 hat Matthias von Schlichtkrull-Guse übergangsweise und mit stark reduzierte Zeitbudget Aufgaben im Büro wahrgenommen. Christina Gerlach hat in Erfurt den Bachelor für Staatswissenschaften erworben und in Tübingen mit dem Master of European Studies abgeschlossen. Erfahrungen im Bereich der europäischen kirchlichen Arbeit sammelte sie bereits bei einem Praktikum im Sekretariat der COMECE in Brüssel. In den ersten Wochen ihrer Tätigkeit wird sie im Rahmen eines Hospitationsprogramms einige Einrichtungen der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung besuchen und voraussichtlich ab Mai in gewohnter Form als Ansprechpartnerin in Brüssel zur Verfügung stehen.

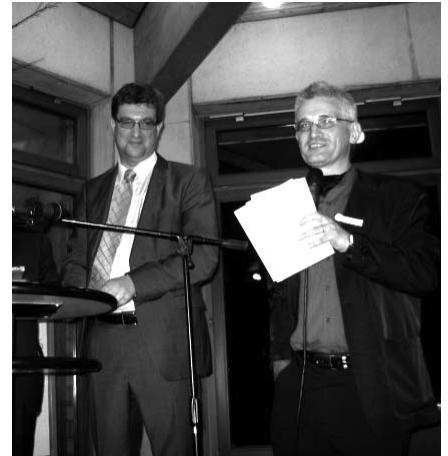
Die Kontaktdaten sind:
European Office - Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung / Deutsche Plattform Katholische Erwachsenenbildung-Katholisches Netzwerk Jugend in Europa (Rete juventutis)
221, Av. de Tervuren; B-1150 Brüssel
Tel.: 32 2 738 0790
Fax.: 32 2 738 0795
Mobil: +49 (0)171 93 46 396
info@cathoyouthadult.org
www.cathoyouthadult.org

Den Mensch in den Mittelpunkt stellen

30 Jahre Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath

Herzogenrath (inform). Sein 30-jähriges Jubiläum feierte das Nell-Breuning-Haus (NBH) in Herzogenrath am 29. Januar in Herzogenrath mit einem Festprogramm. Der Rückblick auf die dreißigjährige Geschichte des Bildungshauses gebe einen Grund zu feiern, stelle Leo Jansen, Geschäftsführer des NBH (siehe Foto re.), bei der Begrüßung fest. Denn in den vergangenen Jahren habe das Haus rund 30.000 Veranstaltungen durchgeführt mit mehr als 300.000 Übernachtungen. Zahlreiche Netzwerke, Kooperationen und Aktionen für Arbeit und Menschenwürde hätten die dreißigjährige Arbeit des NBH geprägt. Gut gemeistert worden sei auch die Krise vor fünf Jahren, die durch die Finanzkrise des Bistums verursacht

worden sei und zur Etappenweisen, vollständigen Streichung der Zuschüsse geführt habe. Aus der Krise geführt hat ein betriebsinternes Bündnis für Arbeit. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Der Umsatz wurde um 30% gesteigert und sogar 10 neue Stellen konnten geschaffen werden. Heute hat das NBH 43 angestellte Mitarbeitende. In der Bildungsarbeit will das NBH weiterhin den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Die Projektarbeit mit Langzeitarbeitslosen und sozial schwachen Familien soll ausgebaut werden, neue Angebote werden in der Euregio und im Schwerpunkt Mensch und Unternehmen entstehen. Zum Jubiläum präsentiert sich das NBH auch mit zwei neuen Geschäftsbereichen: dem



Bereich Bildung & Beratung und dem Tagungs- und Gästeservice. Neu ist auch der Internetauftritt unter www.nbh.de.

Informationen aus der Zentralstelle

Förderfragen – Steuer/Finanzen – Personalwesen

Änderungen bei der Förderung von bpb-Kursen

Mit einem Schreiben im Januar 2010 hat die AKSB-Geschäftsstelle die AKSB-Mitgliedseinrichtungen und die Mitglieder der KBE über die neuen Förderbedingungen bei Kursen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) informiert. Die bpb wird bisher großzügig eingeräumte Ausnahmemöglichkeiten ab 2010 grundsätzlich nicht mehr gewähren: Veranstaltungen im Ausland (außer am Sitz von europäischen Institutionen) werden nicht mehr genehmigt. Nicht mehr zugelassen wird auch eine Erhöhung der Teilnehmendenzahl auf über 80. Ausnahmen sind nur noch in sehr gut begründeten Fällen möglich. Bei den Planungen sollte in diesen Fällen frühzeitig die AKSB-Geschäftsstelle einbezogen werden. Weiterhin gefördert werden laut einer Pressemitteilung der bpb Anfang Januar die Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz. Anders als noch im Januar angenommen, gibt es inzwischen positive Signale, dass die bpb die Veranstaltungsform der Seminarreihen weiterhin zulassen wird. In dem Schreiben wurde auch darauf hingewie-

sen, dass POLIS-Seminare ab 2010 nicht mehr gefördert werden können.

Förderbedingungen für Infrastrukturstellen 2010

Umfassend informiert über die Förderbedingungen für Infrastrukturstellen in 2010 hat die AKSB-Geschäftsstelle die Mitgliedseinrichtungen, die eine Infrastrukturstelle für die bundesweite Zusammenarbeit in der AKSB stellen. In dem Schreiben vom Februar erfolgt der Hinweis, dass aufgrund der aktuellen Richtlinien sowie der Prüfungsergebnisse des Bundesverwaltungsamtes (BVA) bei der örtlichen Prüfung 2009 besondere Förderbedingungen berücksichtigt werden müssen. Diese gelten für die tatsächliche Eingruppierung der Stelle und den Pauschalbetrag für Förderung, den Nachweis für die Personalkosten, die Erstattung und Förderung von Fahrtkosten und die Arbeitszeitnachweise. Rückfragen bezüglich der dort angesprochenen Förderfragen beantwortet Ute Stolz, stolz@aksb.de, für den Bereich der Arbeitszeitnachweise ist Ulrike Leikhof, bildung@aksb.de, zuständig.

Aktionstag

Bildungspatenschaften

Berlin (inform). Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, hat die „Aktion zusammen wachsen“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die vielen Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu unterstützen, die sich ehrenamtlich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund engagieren und Großartiges leisten. Die Beauftragte möchte diesen Beitrag zu einer größeren gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten öffentlich sichtbar machen. Am 9. Juni 2010 wird es daher einen bundesweiten Aktionstag „Bildungspatenschaften direkt“ mit zahlreichen Veranstaltungen von Patenschaftsprojekten rund um das Thema „Erzählen“ geben. Möglichst viele Projekte, Paten und Patenkinder sollen sich an diesem Tag der Öffentlichkeit präsentieren und zeigen, wie sie und unsere Gesellschaft insgesamt von dieser weitgehend ehrenamtlichen Arbeit profitieren. Weitere Informationen unter: www.aktion-zusammen-wachsen.de

Personalia

AKSB-Geschäftsstelle – Mitgliedseinrichtungen – Kooperationspartner

Dr. Jürgen Thomassen, ehemaliger Akademiedirektor der Domschule Würzburg, ist am 4. Februar 2010 verstorben. Dr. Jürgen Thomassen hat die Katholische Akademie Domschule mit ihrem überdiözesanen Arbeitsbereich „Theologie im Fernkurs“ in den Jahren 2000 bis 2009 als deren Direktor maßgeblich geprägt. Zuvor war er stellvertretender Leiter der Hauptabteilung IV „Außerschulische Bildung“ des Bischöflichen Ordinariates um die Erwachsenenbildung und die pastorale Fortbildung.

Johannes Killing vom Sozialen Institut Osnabrück und ehemaliger Rechnungsprüfer der AKSB ist am 4. Februar 2010 im Alter vom 82 Jahren verstorben.

Veränderungen bei der Akademie Klausenhof: **Bernhard Zimmermann**, bisher Fachbereichsleiter für allgemeine und politische Weiterbildung, wurde Leiter des Fachbereichs berufliche Rehabilitation. Nachfolger für den Bereich außerschulische Bildung wurde **Marco Düsterwald**, der bisher in der sozialpädagogischen Betreuung und als Bildungsbegleiter im Klausenhof tätig war. **Stephan Brömling** ist Nachfolger von **Dr. Toni Murböck**. Er übernimmt die Administrations-Aufgaben im Projekt European InfoNet wahr.

Marica Zelenika ist Mitte Februar 2010 beim Franziskanisches Bildungswerk e.V. (FBW) Großkrotzenburg und in ihrer AKSB-Funktion ausgeschieden. **Julia Marggraf** übernimmt zum 01.04.2010 ihre Nachfolge beim FBW.

Dr. Simeon Reiniger hat das Ludwig-Windhorst-Haus Ende des Jahres verlassen und ist nun für die katholische Gefängnis-seelsorge der JVA Meppen zuständig.

Clemens Keller ist seit 1. Januar 2010 Geschäftsführer im Haus am Dom in Frankfurt/M.

Ulrich Dreismickenbecker ist zum Ende des Jahres aus dem Heinrich Pesch Haus

ausgeschieden und jetzt als Geschäftsführer der i-wi Wissenswerte GmbH tätig.

Verena Winand, Jugendakademie Walberberg, hat die Nachfolge von **Alois Finke** angetreten.

Rainer Neumer hat das IBZ Marienthal verlassen.

Dr. Hans Hobelsberger, Arbeitsstelle für Jugendseelsorge (afj) der DBK in Düsseldorf wurde zum 01. März 2010 Professor für Pastoraltheologie an der Katholischen Fachhochschule NRW in Paderborn.

Sebastian Lanwer ist als weiterer Jugendbildungsreferent in der Akademie Franz Hitze Haus, Münster, tätig.

Wolfgang Noethen hat die Akademie der Katholischen Landjugend e.V. verlassen.

Regina Nickel, Sachbearbeiterin Finanzen und Förderungen im Nell-Breuning-Haus, hat Ihre Altersteilzeit angetreten. Teilaufgaben Ihrer Tätigkeit werden von Rita Krull betreut.

Dr. Hubert Wissing, Referent für Gesellschaftspolitik im Kolpingwerk Deutschland, wird zum 15.05.2010 die Position als Leiter der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn Bad-Godesberg antreten. Das Kolpingwerk Deutschland hat die Stelle neu ausgeschrieben (siehe Stellenausschreibung auf S. 11).

Das In Via Center in Berlin wird ab sofort in der AKSB mitarbeiten. Ansprechpartner sind für pädagogische Fragen **Dr. Gabriele Knapp**, für die kaufmännische Seite **Viktor Maier**.

Dr. Viktoria Bock hat vom St. Jakobushaus, Goslar hat am 1. März 2010 die Funktion der Leiterin des „Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften“ (ZEBIS), Hamburg, übernommen

Die KEB Kath. Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis e. V. hat die AKSB-Mitgliedschaft beendet.

Hannes Kreller, Referatsleiter der KAB Deutschlands, wurde bei der DGB-Landesbezirkskonferenz in den Vorstand des DGB Bayern gewählt.

Anderas Kaul verstärkt seit dem 1. Januar 2010 das pädagogische Team der KSI. Zu seinen Arbeiten gehört unter anderem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Bei der Initiative Christen für Europa, ICE, Dresden, hat **Tina Poppa**, Sachbearbeiterin, ihre Tätigkeit beendet. Ab 1. April 2010 kehrt **Janine Schirmer** aus ihrer Elternzeit zurück.

Beim St. Hedwigshaus in Oerlinghausen ist **Olga Kofler-Krahn** zum 28. Februar 2010 ausgeschieden. Ihre Nachfolge übernimmt **Tanja Heinrichs** zum 01. März 2010. Sie ist für Verwaltungsaufgaben und Förderfragen zuständig.

Am 1. März 2010 wurde in Berlin die KBE-Geschäftsführerin **Andrea Hoffmeier** einstimmig als stellvertretende Vorsitzende in den Vorstand des Rates der Weiterbildung – KAW gewählt. Sie bildet zusammen mit **Prof. Dr. Rudolf Tippelt** von der Ludwig-Maximilians-Universität München und **Julia Schier** vom Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) den dreiköpfigen Vorstand.

Bischof Dr. Franz Josef Bode (Osnabrück) wird für die laufende Amtsperiode bis zur Herbst-Vollversammlung 2011 Vorsitzender der Pastorkommission (III). **Weihbischof Dr. Bernhard Haßlberger** (München-Freising) ist bis zur Herbst-Vollversammlung 2010 kommissarischer Vorsitzender der Jugendkommission (XII). **Dr. Frank Ronge** wird für die laufende Amtsperiode bis zur Herbst-Vollversammlung 2011 zum Sekretär der Glaubenskommission (I), der Ökumenekommission (II), der Liturgiekommission (V), der Kommission

Kongress Franziskus macht Schule

Hofheim (inform). Der erste franziskanische Schulkongress fand Anfang Februar 2010 in Hofheim statt, an dem Leitungsverantwortliche von 10 Schulen in franziskanischer Trägerschaft aus Deutschland, Österreich, Südtirol, Ungarn und Bosnien-Herzegowina teilnahmen. Ziel des ersten franziskanischen Schulkongresses war, die bestehenden Kontakte zu verstärken, Konzepte franziskanischer Profilierungen von Schulen zu diskutieren und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. . Eingeladen hatte zu dem Kongress P. Hadrian Koch als Provinzial für die Thüringische Franziskanerprovinz in Kooperation mit dem Franziskanischen Bildungswerk (FBW), das sich für die Organisation verantwortlich zeichnete. Bernward Bickmann, Leiter des FBW, konnte als Moderator der Veranstaltung auch den Generalminister der Franziskaner, P. José R. Carballo, als Gast begrüßen. In seinem Statement betonte er die Bedeutung der Schulen als wichtigen Ort einer ganzheitlichen Bildung und des franziskanischen Engagements. Die zentrale Frage, wie die franziskanische Idee an Schulen weiter gegeben werden kann, obwohl immer weniger Schwestern und Brüder dort unterrichten, bestimmte die anschließenden Beiträge. Die Franziskaner in Deutschland unterhalten zwei Schulen: das Franziskus-Gymnasium Vossenack in der Eifel mit 640 Schüler/-innen und das Franziskanergymnasium Großkrotzenburg mit 1350 Schüler/-innen, das die 25 Teilnehmenden in einer abendlichen Exkursion besuchten.

für Erziehung und Schule (VII) und der Kommission für Wissenschaft und Kultur (VIII) gewählt. Er wird zugleich zum Leiter des Bereichs Glaube und Bildung im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellt. Pfarrer **Dr. Thomas Roddey** wird für die laufende Amtsperiode bis zur Herbst-Vollversammlung 2011 zum Sekretär der Pastoralkommission (III), der Kommission für Geistliche Berufe und Kirchliche Dienste (IV), der Kommission für Ehe und Familie (XI) und der Jugendkommission (XII) gewählt. Er wird zugleich zum Leiter des Bereichs Pastoral im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellt.

Beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) haben sich folgende personellen Veränderungen ergeben: **Ingo Behnel** ist neuer Leiter der Abteilung 2 Familie. **Lutz Stroppe** ist neuer Leiter der Abteilung 5 Kinder und Jugend. **Nicola Sommer**, ehem. persönliche Referentin des Parlament. Staatssekretärs Dr. Hermann Kues hat in das Referat 215 - Koordination Europapolitik/Internationale Familienpolitik –gewechselt. Ihre Nachfolge übernahm **Judith Veltmann. Malte Ristau**, ehem. Abteilungsleiter der Abteilung Familie, Wohlfahrtspflege, Bürgerschaftliches Engagement, wechselte in das Bundesministerium für Arbeit. **Annette Niederfranke**, ehem. Abteilungsleiterin für Kinder- und Jugendhilfe wechselte in das Bundesministerium für Arbeit.

Im Rahmen der Umorganisation des **Bundesverwaltungsamtes (BVA)** wechselt die Zuständigkeit für das Förderprogramm KJP II.1 ab sofort von Ulrike Schön, Referat II A 6 zu Hans-Jürgen Bloch, Referat II A 8. Das Förderprogramm KJP II.7 (Arbeit mit jungen Behinderten) wechselt demnächst mit Sachbearbeitern/-innen vom Referat II A 6 zum Referat II A 7.

P. Prof. Dr. Rüdiger Funiok SJ, Pädagoge und Medienethiker, der seit 1981 an der Hochschule für Philosophie der

Jesuiten in München lehrte, ist emeritiert. Seit 1997 wirkte er u. a. auch als Sprecher des von ihm mitbegründeten Netzwerks Medienethik.

Prof. Dr. Ernst Leuninger, emeritierter Ordinarius für Pastoraltheologie und Christliche Gesellschaftslehre an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Pallottiner in Vallendar bei Koblenz und früherer Präses der Katholischen Arbeitnehmerbewegung im Bistum Limburg, hat das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten. Er war auch Beauftragter der Diözese für Aufbauprojekte in Bosnien-Herzegowina.

Prof. Dr. Barbara Krause, seit 1997 Politologin an der Katholischen Fachhochschule NRW, ist mit Ende des Wintersemesters 2009/2010 emeritiert worden. Prof. Dr. Krause, deren Arbeitsschwerpunkte in den Bereichen Migration und Geschlechterforschung liegen, ist u. a. stellv. Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax und entwicklungspolitische Sprecherin des ZdK.

Prof. Dr. Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, wird neuer Großkanzler der Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU). Der Eichstätter Bischof **Gregor Maria Hanke OSB** will dieses Amt im Laufe des Jahres niederlegen.

Redaktionsschluss für den nächsten AKSB-Inform: 28.05.2010

Fotonachweis: Titelbild kl. mi., re., S. 2, 3, 4, AKSB-Geschäftsstelle; Titelbild groß, © Rainer Sturm / PIXELIO; Titelbild kl. li., S. 19, Stiftung ZASS; S. 6, 18, bpb; S. 8, Die Hegge; S. 16, Akademische Zentrum Rabanus Maurus; S. 12, 13, Franziskanisches Bildungswerk e.V.; S. 16, Caritas-Pirckheimer-Haus; S. 21, Nell-Breuning-Haus; S. 14, © Agnes Bläsen-Jansen; S. 15, © Günter Schad / PIXELIO

Auflage: 800 ISSN 0937-8375

AKSB-Inform wird hergestellt mit Förderung aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Termine

Termine der AKSB in 2010

25.03.2010	AKSB-Vorstandssitzung 2/2010	Haus am Dom, Frankfurt
19.-20.04.2010	Fachkonferenz „Internationale Arbeit 2010“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
04.05.2010	Kooperationskonferenz Politische Erwachsenenbildung	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
20.-21.05.2010	AKSB-Vorstandssitzung 3/2010	Katholische Akademie Berlin
09.-11.06.2010	Verwaltungsfachtagung	Heimbildungsstätte der Caritas Bad Saarow
22.06.2010	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
02.09.2010	Kooperationskonferenz Bundeswehr und Militärseelsorge	Bonifatiushaus, Fulda
20.-21.09.2010	Fachgruppe III - Das Gesellschaftliche	Benediktushöhe, Retzbach
21.-22.09.2010	AKSB-Vorstandssitzung 4/2010	Benediktushöhe, Retzbach
22.09.2010	Infrastrukturstellenkonferenz	Benediktushöhe, Retzbach
22.-23.09.2010	Strukturstellenkonferenz Didado	Benediktushöhe, Retzbach
23.-24.09.2010	Fachgruppe I - Das Politische	Benediktushöhe, Retzbach
23.-24.09.2010	Fachgruppe II - Das Soziale	Benediktushöhe, Retzbach
30.09.-01.10.2010	Deutsch-polnische Weiterbildungskonferenz DPJW	Franz Hitze Haus, Münster
26.10.2010	Fachgruppenleitungskonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
21.-22.11.2010	AKSB-Vorstandssitzung 5/2010	Franz Hitze Haus, Münster
22.-23.11.2010	AKSB-Jahrestagung 2010 – „Umweltpolitik und Klimawandel als Thema politischer Bildung“	Franz Hitze Haus, Münster
23.-24.11.2010	AKSB-Mitgliederversammlung 2010	Franz Hitze Haus, Münster
09.12.2010	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn

Termine der AKSB in 2011

28.- 01.03.2011	Fachgruppe I - Das Politische	
28.- 01.03.2011	Fachgruppe II - Das Soziale	
28.- 01.03.2011	Fachgruppe III- Das Gesellschaftliche	
25.-27.05.2011	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
29.-30.09.2011	DPJW-Weiterbildungskonferenz	
20.-21.11.2011	AKSB-Vorstandssitzung 4/2011	
21.-22.11.2011	AKSB-Jahrestagung 2011	
22.-23.11.2011	AKSB-Mitgliederversammlung 2011	
08.12.2011	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn

Termine der AKSB in 2012

13.-15.06.2012	Verwaltungsfachtagung	Caritas-Pirckheimer Haus, Nürnberg
25.-26.11.2012	AKSB-Vorstandssitzung 4/2012	
26.-27.11.2012	AKSB-Jahrestagung 2012	
27.-28.11.2012	AKSB-Mitgliederversammlung 2012	

gefördert vom

